

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Manfred Görtemaker  
Westeuropa  
und die Sowjetunion  
Entwicklungschancen des  
Ost-West-Verhältnisses in Europa

Volker Rittberger  
Europäische Sicherheit und die  
Neubewertung der Kernwaffen  
in und für Europa

Bernard von Plate  
Deutsch-deutsche Beziehungen  
und Ost-West-Konflikt

ISSN 0479-611 X

B 15/84  
14. April 1984

Manfred Görtemaker, Dr. phil., Dipl.-Pol., geb. 1951; Studium der Politischen Wissenschaft und Neueren Geschichte in Münster und Berlin; journalistische Tätigkeit; 1977—1980 Wissenschaftlicher Assistent am Friedrich-Meinecke-Institut (Fachbereich Geschichtswissenschaften) der Freien Universität Berlin; 1980—1981 John F. Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University; seit 1982 Visiting Assistant Professor of Overseas Studies der Stanford University (Berlin Program); seit 1983 Hochschulassistent für Zeitgeschichte und internationale Beziehungen an der FU Berlin.

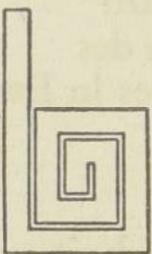
Veröffentlichungen u. a.: Sicherheit für Europa? Die Konferenz von Helsinki und Genf, Opladen 1974 (zus. mit Wichard Woyke und Klaus Nieder); Der gebändigte Kontinent. Verteidigung und Entspannung in Europa. Analyse und Dokumente, Bonn 1979; Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943—1979, München 1979; Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982 (zus. mit Arnulf Baring); Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien, Opladen 1983.

Volker Rittberger, Ph. D., geb. 1941; o. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen.

Veröffentlichungen u. a.: Evolution and International Organization, Den Haag 1973; Abrüstungspolitik und Grundgesetz, Baden-Baden 1976 (mit Dieter S. Lutz); Hrsg. u. Mitverf.: Abrüstungsplanung in der Bundesrepublik, Baden-Baden 1979; Neue Wege der Abrüstungsplanung, Baden-Baden 1981; Science and Technology in a Changing International Order, Boulder, Colo. 1982; Atomwaffenfreiheit und Europäische Sicherheit, Tübingen 1983 (mit Arbeitsgruppe Friedensforschung).

Bernard von Plate, Dipl. Politologe, geb. 1939, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen.

Veröffentlichungen zur Innen- und Außenpolitik der DDR.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04-0, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Westeuropa und die Sowjetunion

## Entwicklungschancen des Ost-West-Verhältnisses in Europa

Die Ost-West-Beziehungen befinden sich gegenwärtig in einem Stadium der Unentschiedenheit und Unsicherheit. Die Führungsprobleme im Kreml, die seit dem Ende der Ära Breschnew bestehen und durch den Tod Jurij Andropows und die Wahl Konstantin Tschernenkos zu dessen Nachfolger als Generalsekretär des ZK der KPdSU nicht geringer wurden, sowie die Unwägbarkeiten des Wahlkampfes und des Ausgangs der Präsidentschaftswahlen in den USA im November 1984 haben ein Klima geschaffen, in dem sich Hoffnung und Besorgnis mischen: Die Hoffnung, daß eine veränderte personelle Konstellation neue Kräfte zur Überwindung der bestehenden Ost-West-Spannungen freisetzen könnte, und die Besorgnis, daß Führungsunsicherheit politische Lähmung und damit die Fortsetzung der Dauerkrise bedeutet, die mit der sowjetischen Zurückweisung des im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 enthaltenen westlichen Verhandlungsangebots über Mittelstreckenraketen in Europa und dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan Ende Dezember 1979 begann<sup>1)</sup>.

Mehr als vier Jahre dauert diese Krise nun schon. Nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan kamen die Bemühungen um Entspannung und Rüstungskontrolle nahezu völlig zum Erliegen; vor allem zwischen den USA und der Sowjetunion entwickelte sich ein Spannungs- und Konfliktverhältnis, das in vielem an die Zeit des Kalten Krieges erinnert<sup>2)</sup>. Neuansätze einer kooperativen Politik waren von gegenseitigem Mißtrauen, Konfrontationsrhetorik und der ständigen Betonung des Fundamentaldissenses begleitet und gelangten über bescheidene Anfänge nicht hinaus. Die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa auf der Grundlage des NATO-Doppelbe-

schlusses vom Dezember 1979 und der daraufhin von der Sowjetunion vollzogene Abbruch der Gespräche über Rüstungskontrolle und Abrüstung im November und Dezember 1983 — bei gleichzeitiger Ankündigung von Gegenmaßnahmen — markierten dann einen weiteren Tiefpunkt in den Ost-West-Beziehungen<sup>3)</sup>.

Das Verhältnis zwischen Westeuropa und der Sowjetunion blieb von dieser Entwicklung nicht unberührt. Zwar nahmen die Spannungen in Europa nicht in dem Umfang zu wie zwischen den USA und der Sowjetunion; begrenzte Kontakte — vor allem im Bereich des Ost-West-Handels, aber auch in den deutsch-deutschen Beziehungen — wurden aufrechterhalten. Doch konnte sich Europa vom Verlauf der Weltpolitik nicht völlig abkoppeln. Die Renaissance machtpolitischer und ideologischer Gegensätze wirkte sich auch in Europa negativ auf die Zusammenarbeit zwischen den Blöcken aus. Weitgehende Kooperationsmöglichkeiten, die sich während der Entspannungsphase in den siebziger Jahren aufgetan hatten, wurden wieder verschüttet; die beiderseitige Bereitschaft, ungeachtet der prinzipiellen Unvereinbarkeit der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systeme zu praktischen Regelungen zu gelangen, um das Zusammenleben zwischen Ost und West zu verbessern, ließ nach<sup>4)</sup>.

Inzwischen mehren sich jedoch die Anzeichen für ein allmähliches Umdenken auf beiden Seiten. In einer Grundsatzrede über das amerikanisch-sowjetische Verhältnis hat Präsident Reagan am 16. Januar 1984 eine wichtige Neubestimmung der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion vorgenommen und sich dafür ausgesprochen, die UdSSR in einen Dialog einzubinden, „der so ernsthaft und konstruktiv wie möglich ist und der Förderung des Friedens in den Unruhege-

<sup>1)</sup> Vgl. R. Löwenthal, Weltpolitische Betrachtungen. Essays aus zwei Jahrzehnten, hrsg. und eingel. von H. A. Winkler, Göttingen 1983, S. 226; sowie W. Wagner, Die Verschlechterung des weltpolitischen Klimas, in: Die internationale Politik 1979 bis 1980 (Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik), München-Wien 1983, S. 1 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. M. Görtemaker, Auferstehung des Containment. Die Politik der USA gegenüber der Sowjetunion nach den Präsidentschaftswahlen 1980, in: Osteuropa, 31 (1981) 6, S. 448.

<sup>3)</sup> Vgl. Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion, Jurij Andropow, vom 24. November 1983 zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, in: Europa-Archiv, 39 (1984) 4, S. D 104 ff.

<sup>4)</sup> Vgl. DGFK Jahrbuch 1982/1983. Zur Lage Europas im globalen Spannungsfeld, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden 1983.

bieten der Welt dienen, den Stand der Rüstungen verringern und ein konstruktives Arbeitsverhältnis schaffen wird" <sup>5)</sup>). Die Sowjetunion beteiligt sich trotz der fortgesetzten Aufstellung amerikanischer Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa an der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE), die am 17. Januar 1984 in Stockholm begann, und kehrte am 16. März 1984 auch an den Verhandlungstisch der MBFR-Konferenz in Wien zurück.

Die Verhandlungen über eine Reduzierung strategischer Waffen (START) und die Gespräche zur Begrenzung der Mittelstreckenraketen in Europa (INF) sind zwar weiterhin unterbrochen, und auch die Konflikte und Probleme, die seit mehreren Jahren das Ost-West-Verhältnis belasten, bestehen unverändert fort: die beiderseitige Aufrüstung, die Anwesenheit sowjetischer Truppen in Afgha-

nistan, die Ungewißheit über die Entwicklung der Lage in Polen, die Gegensätze in Afrika, Mittelamerika und der Karibik sowie die Krise im Nahen und Mittleren Osten. Aber die Neuorientierung der amerikanischen Sowjetunion-Politik — sofern es sich nicht nur um Wahlkampfrhetorik handelt — und die Wiederaufnahme der Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung geben Anlaß zu der Hoffnung, daß sich das Ost-West-Verhältnis nach Jahren der Stagnation und Konfrontation in naher Zukunft doch entkrampfen läßt <sup>6)</sup>.

Welche Rolle können die westeuropäischen Staaten dabei spielen? Welche Entwicklungschancen bestehen überhaupt für das Ost-West-Verhältnis in Europa? Und wie können die Beziehungen zwischen Westeuropa und der Sowjetunion künftig gestaltet werden, ohne das Atlantische Bündnis zu beeinträchtigen?

## I. Weltpolitik im Wandel

Der Verlust an Stabilität im Kräfteverhältnis zwischen Ost und West war in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre einer der wichtigsten Gründe für den Niedergang der Entspannungspolitik. Er wurde westlicherseits verursacht durch nachlassende Verteidigungsanstrengungen im Vertrauen auf Fortschritte in der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik, durch eine Überschätzung der Möglichkeiten der Entspannung und vor allem durch die außenpolitische Schwäche der USA nach dem Trauma des Vietnam-Krieges und der Belastung durch die Watergate-Affäre, die zu einer zeitweiligen Lähmung der amerikanischen Handlungsfähigkeit führte. Auf östlicher Seite trugen das massive sowjetische Aufrüstungsprogramm sowie die konsequente Ausnutzung der westlichen Schwäche zur Durchsetzung sowjetischer Macht- und Einflußerweiterung dazu bei, die Stabilität im Ost-West-Verhältnis zu untergraben <sup>7)</sup>.

Diese Destabilisierungsentwicklung wurde inzwischen gestoppt. Die Politik der Reagan-

Administration hat die amerikanische Weltmachtposition weitgehend konsolidiert; die militärische Stärke der USA wurde wiederhergestellt, das Selbstwertgefühl der westlichen Führungsmacht wurde gestärkt, und im wirtschaftlichen Bereich zeitigen die Bemühungen um wirtschaftlichen Aufschwung in der gesamten westlichen Welt erste Erfolge.

In der Sowjetunion dagegen sind die Probleme gewachsen <sup>8)</sup>: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten — vor allem in der Landwirtschaft und in der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen — sind beträchtlich; die Höhe der Militärausgaben und das außenpolitische Überengagement der Sowjetunion haben diese Schwierigkeiten noch verstärkt. Im sowjetischen Machtbereich in Osteuropa gibt es Bestrebungen, sich zumindest teilweise von der Kontrolle und Bevormundung durch Moskau zu befreien. In der sowjetischen Innenpolitik äußert sich Unzufriedenheit mit der Versteinerung und Immobilität des politischen Systems, der Strenge der Zensur und geistigen Überwachung, der Sterilität der Berichterstattung in den sowjetischen Medien und den Begrenzungen der Kontaktmöglichkeiten mit dem Westen.

<sup>5)</sup> Fernsehrede des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, am 16. Januar 1984 über die Beziehungen zur Sowjetunion, in: Europa-Archiv, 39 (1984) 4, S. D 110.

<sup>6)</sup> Vgl. A Thaw in the Big Chill. Reagan talks softly on the eve of a superpower meeting, in: Time (Europa-Ausgabe), No. 4, 23. Januar 1984, S. 12f.

<sup>7)</sup> Zur Verschiebung der Ost-West-Mächtebalance und ihren Auswirkungen vgl. R. Aron, From Yankee Imperialism to Russian Hegemony?, in: Encounter, August 1979.

<sup>8)</sup> Eine Bestandsaufnahme der sowjetischen Innen- und Außenpolitik sowie der Lage der sowjetischen Wirtschaft bietet: Sowjetunion 1982/83. Ereignisse, Probleme, Perspektiven, hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München-Wien 1983.

Überdies besitzt das Nationalitätenproblem Sprengkraft für den staatlichen Zusammenhalt. Und demographische Veränderungen führen zu einem Rückgang des Arbeitskräftepotentials und Engpässen in der Produktion<sup>9)</sup>. Man muß nicht das Bild eines Riesen auf tönernen Füßen beschwören, aber sicherlich ist die Sowjetunion nicht so stark, wie die sowjetischen Interventionen in Afrika und Afghanistan gelegentlich vermuten ließen, die sich nicht nur als kostspielige militärische Abenteuer, sondern auch als politische Fehlschläge erwiesen<sup>10)</sup>.

Die Nachfolger Lenins haben es verstanden, das Land zu industrialisieren, ihm einen Weltmachtstatus zu verschaffen und das persönliche Schicksal des einzelnen Sowjetbürgers eng mit dem Geschick des Regimes zu verknüpfen, so daß die innere Stabilität der Sowjetunion heute trotz aller Schwierigkeiten ungleich größer ist als etwa diejenige Polens. Aber mit den Folgen der Modernisierung, denen sich das Regime bisher durch Verkrustung entzogen hat, wird sich erst die künftige Führungsgeneration der Sowjetunion auseinandersetzen haben. Entspannte Beziehungen zum Westen könnten dabei helfen, die anstehenden Probleme zu bewältigen.

### 1. Die sowjetische Führungskrise

Der sowjetischen Führungskrise kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu; denn von ihrer Überwindung hängt die Reformfähigkeit der sowjetischen Innen- und Außenpolitik ab, ohne die eine Wende in den Ost-West-Beziehungen schwer möglich ist. Der Tod Jurij Andropows und die Wahl des 72jährigen Konstantin Tschernenko zum neuen Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU haben die Krise an der Spitze der sowjetischen Führung nicht beendet, sondern nur aufs neue sichtbar gemacht. Die politische Statur und das Alter Tschernenkos sprechen dafür, daß mit ihm wiederum nicht mehr als eine Zwischenlösung gefunden wur-

<sup>9)</sup> Vgl. K. H. Ruffmann, Sicherheitsinteresse und ideologische Kontrolle. Zur Vormachtstellung der Sowjetunion in Osteuropa, in: Osteuropa, 34 (1984) 2, S. 79ff. Zur Gesamtproblematik vgl. W. Leonhard, Am Vorabend einer neuen Revolution? Die Zukunft des Sowjetkommunismus, München u. a. 1975.

<sup>10)</sup> In Afrika zeigen die Vereinbarungen zwischen Mozambique und Südafrika über einen gegenseitigen Gewaltverzicht sowie die Regelungen zwischen Angola und Kuba über den Abzug kubanischer Truppen, daß der sowjetische Einfluß in diesem Raum schwindet. Afghanistan hat sich für die Sowjetunion zu einem Dauerkonflikt entwickelt, für den weder eine politische noch eine militärische Lösung abzusehen ist.

de<sup>11)</sup>. Tschernenko ist kein Mann der Zukunft, sondern des Übergangs. Der seit langem fällige Generationswechsel in der sowjetischen Politik wurde nicht vollzogen, sondern steht noch bevor.

Die beiden Generationen, aus denen im entscheidenden Maße die Bewerber für Führungspositionen erwachsen können, trennen nicht weniger als zwanzig Jahre. Es ist die Kluft zwischen den heute Siebzigjährigen und den Fünfzigjährigen, die bisher nur selten überbrückt wird. Leonid Breschnew zeigte in seiner Amtszeit — anders als sein Vorgänger Nikita Chruschtschow, der wiederholt die Notwendigkeit der Umbesetzung von Ämtern und der Förderung des Nachwuchses betonte — einen ausgesprochenen „Respekt vor Kadern“. In den siebziger Jahren gab es kaum Umbesetzungen von Spitzenpositionen und demzufolge einen ständigen Anstieg des Durchschnittsalters der sowjetischen Führung. Die Generation der Fünfzigjährigen, die in den westlichen Ländern die Hauptlast der politischen Verantwortung trägt, ist in der Sowjetunion von der Verantwortung auf der obersten Ebene so gut wie abgeschnitten; sie wird blockiert durch die Generation der Siebzigjährigen, die seit über vierzig Jahren — seit Stalins „Großer Säuberung“ — das Land regiert und keine Neigung zeigt, die Macht an Jüngere zu übergeben oder sie auch nur mit ihnen zu teilen, sondern im Gegenteil einen Anspruch auf lebenslange Machtausübung zu besitzen glaubt.

Diese Altersstruktur sorgt dafür, daß in absehbarer Zeit nicht nur erneut der Generalsekretär, sondern auch der weitaus größte Teil des Politbüros ausgewechselt werden muß. Mit Beginn des Verjüngungsprozesses könnte dann eine Eigendynamik der Veränderung entstehen, die sich auch auf die Inhalte der Politik auswirkt. Untersuchungen des amerikanischen Sowjetologen Jerry F. Hough zeigen, daß das Weltbild und die Wertvorstellungen der gegenwärtigen Führung und der nachfolgenden Generationen in vielerlei Hinsicht differieren<sup>12)</sup>. Am deutlichsten sind diese Unterschiede in den Ansichten über die Außenpolitik und in der Haltung gegenüber Reformen im sowjetischen System der Wirtschaftslenkung.

<sup>11)</sup> Vgl. Ch. Schmidt-Häuer, Ein treuer Meßdiener der Partei. Konstantin Tschernjenkos Aufstieg aus dem Fall, in: Die Zeit, Nr. 8, 17. Februar 1984, S. 3; Moving to Center Stage, in: Time (Europa-Ausgabe), No. 9, 27. Februar 1984, S. 6ff.

<sup>12)</sup> J. F. Hough, Soviet Leadership in Transition, Washington (D. C.) 1980.

Die alte außenpolitische Elite der Sowjetunion stieß oft aus Hingabe an die internationale kommunistische Bewegung zur Außenpolitik; viele ihrer Vertreter arbeiteten aktiv in der Komintern oder ihren Instituten. Die Angehörigen der jüngeren Generation dagegen entschieden sich oft für eine Karriere im außenpolitischen Bereich, weil sie sich für die Beschäftigung mit dem Westen interessierten, weil sie den Wunsch hatten, regelmäßig ins Ausland reisen zu können, oder weil die intellektuelle Herausforderung fremder Sprachen, Kulturen und Politiken sie reizte. Das emotionale Motiv, der kommunistischen Weltbewegung zu dienen, spielte bei ihnen — wenn überhaupt — eine deutlich geringere Rolle als bei der älteren Generation. Sie sind daher auch weniger von dem Gedanken besessen, in den kapitalistischen Ländern gesellschaftlichen Wandel herbeiführen zu müssen, sondern betrachten die Modernität des Westens eher als eine Herausforderung für die Sowjetunion, es dem Westen gleichzutun; viele von ihnen sind starke Befürworter der Entspannungspolitik<sup>13)</sup>.

Dies bedeutet keineswegs, daß die Vertreter der jüngeren Generation sich die Sowjetunion als subalterne, passive Macht wünschen. Aber sie teilen in der Regel nicht die paranoide Einkreisungsfurcht der Älteren, die auf den Erfahrungen der zwanziger und dreißiger Jahre beruht, seit dem Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht aber kaum noch eine reale Basis besitzt. Die jüngere Generation neigt deshalb zu einer rationaleren, ideologiefreieren Außenpolitik, die nichtsdestoweniger die Außenpolitik einer Supermacht mit ausgeprägten Interessen und Aspirationen bleibt.

In der Wirtschaftspolitik sind sachliche Differenzen wichtiger als Generationserfahrungen. Doch auch hier scheint die Reformfähigkeit in der jüngeren Generation größer zu sein als in der älteren<sup>14)</sup>. Zudem fehlte es Breshnew und auch Andropow offenbar an der nötigen physischen Energie, selbst erkannte Mängel durch entsprechende Maßnahmen abzustellen, d. h. diese gegen institutionelle Widerstände durchzusetzen. Das Schicksal der Studie von Nowosibirsk über die Notwendigkeit umfassender Reformen im sowjetischen Wirtschaftssystem vom April 1983 ist dafür ein

<sup>13)</sup> Vgl. ebd., S. 128. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Veränderung in den außenpolitischen Auffassungen sowjetischer Führer bestreitet Z. Brzezinski, *Tragic Dilemmas of Soviet World Power. The Limits of a New-Type Empire*, in: *Encounter*, Dezember 1983, S. 10 ff.

<sup>14)</sup> Vgl. J. F. Hough, a. a. O. (Anm. 12), S. 144 ff.

Beispiel<sup>15)</sup>. Die Forderungen nach einer Wirtschaftsreform und Verbesserungen im Konsumgüterbereich blieben praktisch wirkungslos. Die Entscheidungen, die bereits im August 1979 unter Breshnew und 1983 unter Andropow getroffen wurden, waren äußerst allgemein und stärkten in mancherlei Hinsicht sogar die zentrale Kontrollstellung des Gosplan.

Auch hier steht der eigentliche Wandel also noch bevor, und es ist nicht undenkbar, daß ein jüngerer, gesunder, tatkräftiger und kenntnisreicher Generalsekretär — wie man ihn sich etwa mit dem jetzt 52jährigen Michail Gorbatschow vorstellen könnte<sup>16)</sup> — die aus ökonomischen Gründen dringend gebotene Wirtschaftsreform als günstige Gelegenheit betrachten wird, seine Autorität zu beweisen. Eine derartige Reform könnte eine Abkehr von der Politik der Einkommensangleichung, eine Vergrößerung der ökonomischen Anreize, eine stärkere Öffnung der sowjetischen Wirtschaft gegenüber dem Weltmarkt und vor allem eine Reduzierung der Militärausgaben beinhalten.

Der Verteidigungssektor ist dabei ein besonders sensibler Bereich<sup>17)</sup>. Ohne eine Verminderung der übermäßigen Militärlasten ist auf Dauer eine Gesundung der sowjetischen Volkswirtschaft nicht zu erwarten. Eine solche Verminderung wäre nach der Erringung der militärischen Parität mit dem Westen, um die sich die Sowjetunion seit Jahrzehnten mit enormer Kraftanstrengung bemüht hat, auch durchaus möglich. Andererseits beruhen die Weltgeltung der Sowjetunion und der Zusammenhalt des sowjetischen Imperiums einzig und allein auf der Stärke der sowjetischen Armee. Weder ideologische Überzeugungskraft noch wirtschaftliche Leistungsfähigkeit qualifizieren die Sowjetunion als Weltmacht. Die UdSSR ist und bleibt daher auf das Mili-

<sup>15)</sup> Die Studie wurde vermutlich von der Soziologin Tatjana Iwanowna Saslawskaja verfaßt, die seit 1963 am Institut für Wirtschaft und Organisation der Industrieproduktion der Sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR arbeitet und gleichzeitig Professorin der Nowosibirsker Universität ist. In der Studie werden bestehende Mängel des sowjetischen Wirtschaftssystems schonungslos offengelegt, überzeugende Gründe für eine umfassende Reform genannt und Alternativen aufgezeigt. Vollständiger Text in: *Osteuropa-Archiv*, Januar 1984, S. A 1 ff. Dazu H. H. Höhmann, *Sowjetische Wirtschaftsreform zwischen Markt und Macht*, in: *Europa-Archiv*, 38 (1983) 24, S. 757 ff.

<sup>16)</sup> Charakterisierung in: *Time* (Europa-Ausgabe), No. 8, 20. Februar 1984, S. 15.

<sup>17)</sup> Vgl. D. S. Lutz (Hrsg.), *Die Rüstung der Sowjetunion. Rüstungsdynamik und bürokratische Strukturen*, Baden-Baden 1979.

tär als Stütze ihrer Macht angewiesen. Nur ein entsprechendes internationales Klima wird deshalb die sowjetische Führung veranlassen können, die wirtschaftlich notwendige Reduzierung der Militärausgaben tatsächlich vorzunehmen.

Demnach wird es auch vom Westen abhängen, welche Richtung die sowjetische Politik in Zukunft nimmt. Die objektiven Erfordernisse deuten auf wirtschaftliche Reformen, mehr Freizügigkeit und eine Verminderung der Militärlasten; auf eine Außenpolitik, die hilft, die innenpolitischen Probleme zu lösen, ohne dabei nationale Erniedrigung zu erleiden; auf ein Verhältnis zum Westen, das weniger als in der Vergangenheit von der Furcht vor Einkreisung beherrscht wird und mehr von der Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum gegenseitigen Verständnis. Niemand vermag heute zu sagen, ob die künftigen sowjetischen Führer diesen Weg tatsächlich gehen wollen. Aber der Westen muß ihnen — im eigenen Interesse — zumindest die Möglichkeit dazu lassen, darf ihnen den Weg dorthin nicht durch die Initiierung eines neuen Rüstungswettlaufes, die Intonierung eines neuen Kalten Krieges mit dem Ziel der Erschöpfung der Sowjetunion verbauen.

Man mag darüber streiten, ob nach Stalins Tod im März 1953 Chancen verspielt worden sind oder nicht. Aber der bevorstehende Machtantritt einer neuen Generation in der Sowjetunion eröffnet Gelegenheiten für den Westen, die Beachtung verdienen — nicht im antisowjetischen Sinne, sondern zum Nutzen beider Seiten.

Gegenwärtig ist eine positive Wende in der sowjetischen Politik jedoch noch nicht zu erkennen. Bereits am Ende der Ära Breshnew und mehr noch unter Andropow, der sechs von den 15 Monaten, die er als Parteichef im Amte war, vor der Öffentlichkeit verborgen blieb, vielmehr nierenkrank darniederlag, unfähig, seine Regierungsgeschäfte so wahrzunehmen, wie es seine Stellung und der komplizierte Gang der Weltpolitik erfordert hätten, befand sich die sowjetische Politik im Wartestand<sup>18)</sup>. Ohne urteils- und entscheidungstüchtige Führung verkümmerte sie zur inspirationslosen Verwaltung. Unerfreuliche Trends wurden nicht umgekehrt, sondern fortgesetzt — in der Wirtschaftspolitik

ebenso wie im Verhältnis zum Westen<sup>19)</sup>. Tschernenko ist noch um drei Jahre älter als Andropow und — wie zuletzt Breshnew und Andropow — ebenfalls nicht gesund. Erschwerend für die sowjetischen Außenbeziehungen kommt bei ihm noch hinzu, daß er in erster Linie als ein Vertreter des Parteiapparates und ideologischer Doktrinär gilt und offenbar weder von der Außenpolitik noch von der Wirtschaft besonders viel versteht<sup>20)</sup>.

## 2. Neue Aspekte in der amerikanischen Politik

Auf westlicher Seite scheinen dagegen zur Zeit die Voraussetzungen für eine Wende in den Ost-West-Beziehungen günstiger als in der Sowjetunion. Die westeuropäischen Länder sind ohnehin seit jeher zu einer Verbesserung ihres Verhältnisses zur Sowjetunion bereit, soweit die politische Gesamtlage dies erlaubt. Aber auch in den USA zeichnet sich ein Wandel ab, der nicht nur mit dem gerade anlaufenden Wahlkampf zusammenhängt, sondern der Linie entspricht, die Präsident Reagan seit Beginn seiner Amtszeit im Januar 1981 verfolgt hat: den seit Vietnam und Watergate zu beobachtenden Niedergang der amerikanischen Weltmachtposition aufzuhalten, sie rüstungspolitisch und ökonomisch neu zu fundieren und ideologisch zu festigen, um dann aus einer Position der Stärke heraus den Verhandlungsfaden mit der Sowjetunion wiederaufzunehmen<sup>21)</sup>.

Diese in ihrer Prioritätensetzung und zeitlichen Staffelung doppelte Struktur der Reaganschen Außenpolitik ist in der Vergangenheit häufig mißverstanden worden. Die Rückbesinnung auf die Strategie des „Containment“ und der neue Realismus der Reagan-Administration — nach den von stark idealistischen Vorstellungen geprägten Carter-Jahren — wurden fälschlich mit einem Rückfall in den Kalten Krieg gleichgesetzt. Tatsächlich hatte Reagan unmittelbar nach seinem Amtsantritt die sowjetischen Führer

<sup>19)</sup> Ein Beispiel hierfür waren die INF-Verhandlungen in Genf, bei denen die Entscheidungs- und Durchsetzungsschwäche der sowjetischen politischen Führung Fortschritte — etwa bei der Behandlung der „Waldspaziergangs-Formel“ — verhindert hat.

<sup>20)</sup> Vgl. Ch. Schmidt-Häuer, a.a.O. (Anm. 11), S. 3.

<sup>21)</sup> Vgl. M. Görtemaker, Reagan-Amerika und Westeuropa. Plädoyer für eine konstruktive Zusammenarbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/81, 8. August 1981, S. 3ff.; W. von Bredow/R. H. Brocke, Das außenpolitische Konzept der Reagan-Administration. Darstellung, Hintergründe und Bewertung der neuen Außenpolitik der USA, in: ebd., S. 20ff.; H. Rühle, Die Außenpolitik der Regierung Reagan, in: ebd., S. 48ff.

<sup>18)</sup> Vgl. B. Meissner, Die Sowjetunion unter Andropow, in: Europa-Archiv, 38 (1983) 24, S. 747ff. Meissner weist besonders auch auf den wachsenden Einfluß des Militärs hin, der nicht nur durch die forcierte Aufrüstung, sondern auch durch die Schwäche Andropows bedingt war.

scharf verurteilt, die seiner Meinung nach für sich sogar das Recht in Anspruch nahmen, „jedes Verbrechen zu begehen, zu lügen, zu betrügen, um ihre Ziele zu erreichen“<sup>22</sup>). Konfrontation mit der Sowjetunion (und ihren „Stellvertretern“) kennzeichnete danach die amerikanische Politik. Doch diese harte Haltung war nach Ansicht der Administration notwendig, um innenpolitisch die drastische Erhöhung der Verteidigungsausgaben<sup>23</sup>) zur Wiederherstellung der militärischen Macht der USA zu begründen und im Kongreß durchzusetzen und außenpolitisch das sowjetische und kubanische Expansionsstreben einzudämmen. Durch eine Pause im Ost-West-Dialog und eine Bestrafung der Sowjetunion in Form von Wirtschaftssanktionen und Entspannungszug sollten der Moskauer Führung die Konsequenzen und Grenzen ihres Verhaltens unmißverständlich aufgezeigt werden. Ohne eine solche deutliche Akzentsetzung konnte es nach amerikanischer Auffassung eine wirkliche Stärkung Amerikas und Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen nicht geben.

Aber die Strategie, auf der diese Politik beruhte, hielt — von Anfang an — Eindämmung nicht für eine Alternative, sondern für eine Voraussetzung der Entspannungspolitik. Außenminister Alexander Haig formulierte dies bereits am 24. April 1981 in aller Klarheit: Erst wenn die USA ihren Platz in der Welt zurückerobert hätten, den sie in einer Kombination außergewöhnlicher Umstände in den siebziger Jahren verloren, sei eine Verständigung mit dem Gegner wieder möglich. Erst dann, so unterstellte er, sei dieser Gegner an wirklicher Verständigung und nicht nur an einseitigen Zugeständnissen interessiert<sup>24</sup>).

Inzwischen sind drei Jahre vergangen, in denen die Reagan-Administration den ersten Teil ihres Programms — die Stabilisierung der amerikanischen Weltmachtposition — großenteils realisieren konnte, auch wenn die Mittel, mit denen dies geschah, im In- und Ausland nicht immer gebilligt wurden. Mit

<sup>22</sup>) The President's News Conference of January 29, 1981, in: Weekly Compilation of Presidential Documents, Vol. 17, No. 5, Washington (D. C.), 2. Februar 1981, S. 66f.

<sup>23</sup>) Insgesamt waren für den Zeitraum von 1981 bis 1986 Militärausgaben in Höhe von 1,5 Billionen Dollar vorgesehen. Vgl. Faktenpapier des Weißen Hauses, in: The New York Times vom 19. 2. 1981.

<sup>24</sup>) Address by Secretary Haig before the American Society of Newspaper Editors in Washington (D. C.), 24. April 1981: A New Direction in U. S. Foreign Policy, in: Current Policy, No. 275, United States Department of State, Bureau of Public Affairs, Washington (D. C.) o. J. (1981), S. 2.

seiner Fernsehrede vom 16. Januar 1984 über die Beziehungen zur Sowjetunion hat Präsident Reagan nun die zweite Phase eingeleitet, in der es darum gehen wird, den Dialog mit der Sowjetunion neu zu beginnen. Zwar hat der Präsident seine Ansichten über das sowjetische System nicht geändert, wie er selbst bekannte. Aber das bedeute nicht, daß man nicht miteinander verhandeln könne. Wörtlich erklärte Reagan: „Die Tatsache, daß keiner von uns das System des anderen mag, ist noch kein Grund, das Gespräch zu verweigern. Die Tatsache, daß wir in einem Nuklearzeitalter leben, zwingt uns einfach dazu, miteinander zu reden.“<sup>25</sup>) Die USA würden „in redlicher Absicht“ verhandeln. Wann immer die Sowjetunion bereit sei, das gleiche zu tun, würden die USA ihr „auf halbem Wege entgegenkommen“<sup>26</sup>).

Natürlich ist damit das Mißtrauen, das sich in den Jahren der Konfrontation aufgebaut hat, nicht aus der Welt geschafft. Die Reagan-Administration hat nicht nur in Worten, sondern auch mit Taten — zum Beispiel am Verhandlungstisch — zu beweisen, daß sie es mit ihren Ankündigungen ernst meint. Überdies werden alle Ost-West-Gespräche bis November 1984 von der Ungewißheit über den Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA überschattet sein. Wenn Reagan wiedergewählt werden sollte, bestehen jedoch gute Aussichten, daß er in seiner zweiten Amtsperiode danach streben wird, sich vor der Geschichte als „Friedenspräsident“ zu erweisen, nachdem er sich in seiner ersten Amtszeit als starker Präsident gezeigt hat, der nach den vorangegangenen Erschütterungen in erster Linie um Amerikas Macht und Glanz in der Welt bekümmert war.

### 3. Die Rolle Europas

Nach dem Scheitern der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft am 19. und 20. März 1984 in Brüssel fällt es schwer, von einer eigenständigen Rolle Europas in der Weltpolitik zu sprechen. Bereits der Fehlschlag des Athener Gipfeltreffens vom 4. bis 6. Dezember 1983 hatte Zweifel hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Gemeinschaft aufkommen lassen: Der Europäische Rat hatte versagt; politische Richtlinien fehlten; die Vorstellungen über Gestalt und Inhalt der Gemeinschaft

<sup>25</sup>) Fernsehrede des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, am 16. Januar 1984 über die Beziehungen zur Sowjetunion, a.a.O. (Anm. 5), S. D 112.

<sup>26</sup>) Ebd.

klafften auseinander<sup>27)</sup>. Nach dem Debakel von Brüssel aber ist man von einer gemeinsamen Zukunft Europas zunächst weiter entfernt denn je. Selbst wenn man sich in absehbarer Zeit zu neuer Gemeinsamkeit zusammenfinden sollte, ist die Idee eines selbständigen Europa als Handlungseinheit gegenüber beiden Supermächten vorerst diskreditiert.

Dennoch kann Europa sich aus seiner weltpolitischen Verantwortung nicht davonstellen. Die Europäische Gemeinschaft zählt wirtschaftlich zu den führenden Mächtegruppen in der Welt; ihre Mitglieder verfügen über starke konventionelle Streitkräfte, Großbritannien und Frankreich auch über ein begrenztes Atompotential; und auch politisch hat die Gemeinschaft trotz schwieriger Entscheidungsfindung und mangelhafter Abstimmung bei außenpolitischen Fragen an Gewicht gewonnen. Zudem ist die Skepsis gegenüber der Politik beider Supermächte unter der Bevölkerung Europas in den vergangenen Jahren ständig gewachsen; das Gefühl, Entscheidungen Moskaus und Washingtons über Krieg und Frieden hilflos ausgeliefert zu sein, ist nicht nur innerhalb der Friedensbewegung weit verbreitet<sup>28)</sup>.

Theoretische Erwägungen über eine Neutralisierung Europas — Westeuropas oder West- und Osteuropas vom Atlantik bis zum Bug — oder über eine Position der „Äquidistanz“ zur Sowjetunion und zu den USA, wie sie gelegentlich angestellt werden, entbehren jedoch bislang jeder realen politischen und militärischen Grundlage<sup>29)</sup>. Ein neutralisiertes Westeuropa, d. h. ein weiterhin geteiltes Europa (mit einem weiterhin geteilten Deutschland), wäre politisch von vornherein nicht dis-

kussionsfähig; auf ein neutralisiertes, in Freiheit wiedervereinigtes Europa bis zum Bug aber würde sich die Sowjetunion kaum einlassen. Überdies wären dabei Fragen der inneren Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft und der Gewährleistung der äußeren Sicherheit zu klären, die unter den bestehenden Bedingungen des Ost-West-Konflikts unlösbar scheinen.

Deshalb bleibt die feste Einbindung Westeuropas in die Atlantische Allianz auch weiterhin eine Grundbedingung für die Politik Westeuropas gegenüber der Sowjetunion. Auf der Grundlage des gesicherten Bündnisses mit den USA aber können die westeuropäischen Staaten eine Brücke nach Osteuropa und zur Sowjetunion schlagen und sich damit zu Vorreitern einer Verständigung machen, selbst wenn die Konfrontation zwischen den Supermächten ein allgemeines Klima der Entspannung noch nicht zuläßt<sup>30)</sup>. Angesichts der Zerstrittenheit der Europäischen Gemeinschaft wird Westeuropa dabei nicht als Einheit in Erscheinung treten können; die Bemühungen des französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidts vom Frühjahr und Sommer 1980, trotz der sowjetischen Intervention in Afghanistan die Gesprächskanäle mit der UdSSR offenzuhalten, haben jedoch gezeigt, daß auch bilaterale Kontakte hilfreich sind und genutzt werden sollten. Der gegenwärtige Versuch westeuropäischer Regierungen, die Gegensätze in der Rüstungspolitik durch „Umrahmung“, also durch Vereinbarungen auf weniger strittigen Gebieten, zu entschärfen, weist in die gleiche Richtung und enthält ebenfalls Elemente eines Brückenschlages, dessen Notwendigkeit sich aus der europäischen Interessenlage ergibt<sup>31)</sup>.

## II. Perspektiven der sowjetisch-westeuropäischen Beziehungen

Die Beziehungen zwischen Westeuropa und der Sowjetunion werden auch in den kommenden Jahren vornehmlich zwei Bereiche betreffen: den Ost-West-Handel und die Ge-

staltung des politischen Verhältnisses, wobei der Schwerpunkt auf den Gebieten der Rü-

<sup>27)</sup> Dazu ausführlich H. Stadlmann, Die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft nach dem Fehlschlag von Athen, in: Europa-Archiv, 39 (1984) 2, S. 35ff.

<sup>28)</sup> Vgl. Europa und Amerika. Ende einer Ära, in: Der Monat, Neue Folge, H. 290, Weinheim-Basel 1984, S. 4. Melvin J. Lasky schreibt hier, zum ersten Mal seit 1945 vernehme man nicht nur neue Töne in Diplomatie und öffentlicher Meinung, sondern könne sich „plötzlich nicht mehr des Gefühls neuer geschichtlicher Kräfte erwehren“.

<sup>29)</sup> Meinungsumfragen in Westeuropa bestätigen im übrigen, daß die Bindung an die USA von der Bevölkerung weit überwiegend gewünscht wird.

Selbst in der Altersgruppe der 18- bis 34jährigen bevorzugten in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre nur 28% die Neutralität, aber 72% die Integration in der Atlantischen Allianz; in England und Frankreich waren die Ergebnisse ähnlich. Zit. nach E. O. Czempel, Diagnose der Atlantischen Gemeinschaft. Stabile Strukturen, aber unterschiedliche Konfliktbilder, in: Europa-Archiv, 39 (1984) 2, S. 53f.

<sup>30)</sup> Zum Handlungsspielraum und zur Interessenswahrung Europas vgl. P. Bender, Fest im Westen — Brücke zum Osten, in: Die Zeit, Nr. 7, 10. Februar 1984, S. 3.

<sup>31)</sup> Vgl. H. Schmidt, Mit den Russen leben. Notwendigkeiten und Bedingungen der Koexistenz im

stungskontrolle und sicherheitspolitischen Vertrauensbildung liegen wird, für die es mit der MBFR-Konferenz und der KVAE auch bereits einen Verhandlungsrahmen gibt, während die Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenrüstung eines neuen Anlaufes bedarf, der bisher an der prinzipiellen Unvereinbarkeit der Positionen beider Seiten nach Beginn der westlichen Nachrüstung gescheitert ist.

### 1. Die Entwicklung des Ost-West-Handels

Der Wunsch der UdSSR, durch den Import westlicher Technologie die Entwicklung und Modernisierung der sowjetischen Volkswirtschaft zu fördern, war Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre ein wichtiges Motiv für die Einleitung der Entspannungspolitik<sup>32</sup>). Obwohl die überaus hohen Anfangserwartungen nicht erfüllt wurden und die erhoffte Konkurrenzfähigkeit sowjetischer Produkte auf dem Weltmarkt ausblieb, hat der Ost-West-Handel für die Sowjetunion erhebliche Vorteile gebracht. Lediglich im Handel mit den USA, wo das Jackson-Vanik-Amendment vom 3. Januar 1975 einen politischen Rückschlag bedeutete und zur Kündigung des sowjetisch-amerikanischen Handelsvertrages von 1972 durch die Sowjetunion führte, erwies sich der Wirtschaftsaustausch als schwierig, zumal die amerikanische Sanktionspolitik nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der Verhängung des Kriegsrechts in Polen neue Schwierigkeiten aufwarf.

Insgesamt jedoch expandierte der sowjetische Westhandel seit Beginn der siebziger Jahre mit relativ hohen Zuwachsraten, wobei Westeuropa der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Sowjetunion war. 95% der sowjetischen West-Ausfuhren — in erster Linie Energielieferungen — fanden 1982 Absatz auf westeuropäischen Märkten, nur 4% in Japan und gar nur 0,8% in den USA. Umgekehrt stammten 62,5% der sowjetischen West-Importe aus westeuropäischen Ländern, 15,4% aus Japan (vornehmlich Maschinen und Einrichtungen für die sowjetische Energiewirtschaft) und 10,9% aus den USA, nachdem Präsident Reagan Ende April 1981 sowjetische

Getreidekäufe in den USA wieder zugelassen und die amerikanische Sanktionspolitik gegenüber der Sowjetunion gelockert hatte<sup>33</sup>).

Während die kleineren RGW-Länder ab Mitte der siebziger Jahre ihre Importe aus dem Westen drastisch verringern mußten, um ihr Handelsbilanzdefizit auszugleichen, und durch laufende Kreditaufnahmen im Westen in zunehmende Finanzierungs- und Verschuldungsprobleme gerieten, die Anfang der achtziger Jahre im Falle Polens und — wenn auch weniger gravierend — Rumäniens zur faktischen Zahlungsunfähigkeit führten, blieb die Westhandelspolitik der Sowjetunion von akuten Zahlungsschwierigkeiten verschont. Die Nettoverschuldung der UdSSR betrug 1982 10,10 Milliarden US-Dollar, nachdem sie 1980 bei 9,30 und 1981 bei 12,44 Milliarden US-Dollar gelegen hatte. Das viel kleinere und an Rohstoffen und Energie arme Polen dagegen war 1982 im Westen mit 23,76 Milliarden US-Dollar verschuldet, die DDR immerhin noch mit 11,09 Milliarden. Die Zinsendienstquote (rechnerische Zinsen aufgrund durchschnittlicher Zinssätze auf dem Euro-Geldmarkt in Prozent der Exporte in die OECD-Länder) betrug deshalb bei der Sowjetunion 1982 nur 4,2, diejenige Polens dagegen 70,9 (Ungarn 40,1; Rumänien 31,1; DDR 18,5)<sup>34</sup>). Durch die Steigerung der Energiepreise in den siebziger Jahren war die Sowjetunion, die selber in großen Mengen Erdöl (und jetzt auch Erdgas) exportiert, in der Lage, ihre Importe aus dem Westen auszuweiten, ohne — wie andere RGW-Länder — an eine kritische Verschuldungsgrenze zu stoßen.

Die Sowjetunion blieb deshalb für die westeuropäische Wirtschaft ein interessanter Partner. Zwar sind die weiteren Aussichten für den Handel mit der Sowjetunion nicht mehr so günstig wie zu Beginn der siebziger Jahre, da der mengenmäßige Rückgang der sowjetischen Energieexporte in den Westen — trotz des Erdgas-Röhren-Geschäfts mit Westeuropa — und die Stagnation der realen Ölpreissteigerungen zu Wachstumsbegrenzungen des sowjetischen Westhandels führen dürften<sup>35</sup>). Das Volumen dieses Handels wird aber auch in der Zukunft groß genug sein, um für Westeuropa einen wichtigen Anreiz zu bieten, mit der Sowjetunion im Geschäft zu bleiben. Überdies verdienen auch die politi-

Atomzeitalter, in: Die Zeit, Nr. 25, 17. Juni 1983, S. 4. Ähnlich argumentiert der außenpolitische Berater Helmut Kohls und Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt H. Teltschik, Vertrauen beruht auf Gegenseitigkeit. Bonns Angebot an die Sowjetunion: den Dialog ausweiten, in: Die Zeit, Nr. 39, 23. September 1983, S. 11.

<sup>32</sup>) Vgl. M. Görtemaker, Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943—1979, München 1979, S. 46 ff. und S. 130 ff.

<sup>33</sup>) Zahlenangaben nach: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 46/83, 17. November 1983, S. 569.

<sup>34</sup>) Ebd., S. 568.

<sup>35</sup>) Vgl. G. Seidenstecher, Sowjetische Wirtschaft 1982/83, in: Sowjetunion 1982/83, a.a.O. (Anm. 8), S. 148 ff.

schen Wirkungen des Ost-West-Handels Beachtung, da eine positive Entwicklung der Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet auf andere Bereiche übergreifen und der Zusammenarbeit insgesamt dienlich sein kann.

## 2. Sicherheit, Vertrauensbildung und Abrüstung

Die Gestaltung des politischen und sicherheitspolitischen Verhältnisses zwischen Westeuropa und der Sowjetunion ist eine Aufgabe, die sich in den kommenden Jahren als besonders schwierig erweisen dürfte. Zwar haben beide Seiten in der Vergangenheit immer wieder ihre Bereitschaft und die Notwendigkeit betont, in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen. Aber das allgemeine Klima der Ost-West-Spannungen und die Problematik von Eingriffen in disproportionale militärische Strukturen haben bisher nennenswerte Erfolge bei den Verhandlungen verhindert und werden auch künftig rasche Ergebnisse nicht zulassen<sup>36)</sup>.

Diese Vorbehalte gelten auch für die Begrenzung der strategischen Nuklearrüstungen der beiden Supermächte. Dennoch ist die Situation in Europa von derjenigen zwischen den USA und der Sowjetunion in mehrfacher Hinsicht verschieden: Zum einen haben die europäischen Länder — insbesondere die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer neuen Ostpolitik — während der Entspannungsphase in den siebziger Jahren politische Tatsachen geschaffen, die einen Rückfall hinter die Positionen von 1969 kaum zulassen; die Ostverträge Bonns mit Moskau, Warschau, Ost-Berlin und Prag sowie das Viermächte-Abkommen über Berlin und die damit verbundene Anerkennung und Stabilisierung des territorial-politischen Status quo in Europa sind schwerlich revidierbar, ohne die europäische Ordnung grundlegend in Frage zu stellen. Außerdem hatten die Entwicklungen der Entspannungspolitik weitreichende Folgen für Millionen von Menschen im geteilten Europa; Verzicht — etwa auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete — wurde gefordert und durchgesetzt, Hoffnungen auf menschliche Erleichterungen wurden geweckt und teilweise eingelöst. Die persönliche Betroffenheit von Millionen Menschen aber erlegt nun den europäischen

Regierungen die moralische Verpflichtung auf, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und die rechtlich-politische Klärung der europäischen Nachkriegssituation durch Maßnahmen der militärischen Entspannung und Vergrößerung der Freizügigkeit zu ergänzen. Dies unterscheidet die europäische Interessenlage erheblich von derjenigen der USA, für die „détente“ kaum mehr war als eine Bezeichnung für die abstrakte, menschenferne Politik der strategischen Rüstungskontrolle.

Zum anderen befindet sich Europa an der Nahtstelle zwischen Ost und West in einer militärisch exponierten Lage. Ein Krieg in Europa würde mit großer Wahrscheinlichkeit binnen kurzer Zeit auf die nukleare Ebene übergreifen und das Schicksal des Kontinents besiegeln. Auch aus diesem Grunde müssen die europäischen Regierungen — in Ost und West — an Fortschritten in der Sicherheitspolitik besonders interessiert sein — und zwar unabhängig davon, ob die USA und die Sowjetunion in ihren Beziehungen zueinander zu einer Entspannung ihres Konfliktverhältnisses bereit sind oder nicht.

Die Sowjetunion trägt diesen Tatsachen insoweit Rechnung, als sie an den europäischen Abrüstungsverhandlungen bereits jetzt wieder teilnimmt. Es wäre jedoch falsch, daraus schon auf günstige Erfolgsaussichten der MBFR-Konferenz und der Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa (KVAE) zu schließen. Die Wiener MBFR-Gespräche sind mehr als zehn Jahre lang ohne greifbares Ergebnis geblieben; ihr jetziger Stand legt den Schluß nahe, daß man auf eine „Wende in Wien“ wird weiter warten müssen<sup>37)</sup>. Und nach den Erfahrungen bisheriger Rüstungskontrollverhandlungen wird auch die seit dem 17. Januar 1984 in Stockholm abgehaltene KVAE nur zu geringen Resultaten führen, obgleich Maßnahmen der Vertrauensbildung ohne Eingriffe in die Substanz militärischer Potentiale leichter zu verwirklichen sind als Abrüstungsmaßnahmen, die konkrete Reduzierungen von Truppen und Rüstungen verlangen<sup>38)</sup>. In beiden Fällen wird jedenfalls Geduld und zähe Kleinarbeit notwendig sein, um auf längere Sicht zum Erfolg zu kommen.

<sup>36)</sup> Umfassend hierzu U. Nerlich unter Mitwirkung von F. Bomsdorf (Hrsg.), Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik im Wandel militärischer Kräfteverhältnisse, Baden-Baden 1982, sowie U. Nerlich unter Mitwirkung von F. Bomsdorf (Hrsg.), Die Einhegung sowjetischer Macht, Baden-Baden 1982.

<sup>37)</sup> Vgl. R. Mutz, Wende in Wien? Zum Stand der Streitkräfteverhandlungen nach der Vorlage von Vertragsentwürfen, in: Europa-Archiv, 38 (1983) 10, S. 315ff.

<sup>38)</sup> Vgl. J. Fesefeldt, Die Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2/84, 14. Januar 1984, S. 3ff.

Gänzlich ungewiß ist zur Zeit noch das Schicksal der unterbrochenen Verhandlungen zur Begrenzung der Mittelstreckenraketen in Europa (INF). Die Sowjetunion fordert die Rücknahme der Stationierung der amerikanischen Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles, die Ende 1983 im Zuge der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in Westeuropa begonnen hat; erst danach sei sie zur Rückkehr an den Verhandlungstisch bereit. Der Westen beharrt demgegenüber auf seiner Position, daß die westliche Nachrüstung notwendig sei, um das sowjetische Übergewicht im Mittelstreckenbereich in Europa auszugleichen, daß jedoch über den Umfang der Stationierung — bis hin zu einer beiderseitigen „Null-Lösung“ — verhandelt werden könne<sup>39)</sup>. Es ist nicht auszuschließen, daß angesichts der grundsätzlichen Unvereinbarkeit dieser Standpunkte eine Verschmelzung von INF- und START-Verhandlungen vorgenommen wird, um globale Lösungsmöglichkeiten zu eröffnen<sup>40)</sup>.

Auf allen Verhandlungsebenen würde eine Verbesserung des politischen Klimas zwischen Ost und West — insbesondere auch zwischen den USA und der Sowjetunion — zweifellos helfen, Fortschritte zu erleichtern. Denn Rüstungskontrolle ist in erster Linie kein militärisches, sondern ein politisches und ein psychologisches Problem. Politische Entspannung und gegenseitiges Vertrauen erst machen Rüstungskontrolle und Abrüstung möglich. Wenn der politische Wille fehlt, nützen auch noch so lange und gründlich geführte Verhandlungen wenig.

### 3. Rückkehr zur Entspannung

Kann es aber eine Rückkehr zur Entspannung in absehbarer Zeit geben? Die Voraussetzungen dafür sind gegenwärtig günstiger als in den vergangenen Jahren, weil vor allem die amerikanische Regierung zum Umdenken be-

<sup>39)</sup> Vgl. G. Wettig, Zum Abbruch der INF-Verhandlungen, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (1983) 45, Köln 1983.

<sup>40)</sup> Zur Begründung vgl. D. S. Yost, START, INF und europäische Sicherheit, in: Europa-Archiv, 38 (1983) 20, S. 627 ff.

reit scheint. Die Führungsschwäche der Sowjetunion ist jedoch ein Hindernis, das nur durch einen Klärungsprozeß innerhalb des Kreml überwunden werden kann. Westeuropa und die USA können durch eine Politik der ausgestreckten Hand lediglich dazu beitragen, entspannungsorientierte Kräfte in den sowjetischen Führungskadern zu stärken und Moskau den Weg zur Zusammenarbeit so leicht wie möglich zu machen.

Stabilität und Gleichgewicht waren am Beginn der siebziger Jahre wichtige Grundbedingungen der Entspannungspolitik. Als sich die Gewichte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zugunsten der Sowjetunion verschoben, bedeutete dies zugleich den Niedergang und schließlich das Ende der Entspannung. Heute ist die Position des Westens — Westeuropas und der USA — weitgehend konsolidiert, diejenige der Sowjetunion dagegen geschwächt. Wer eine Rückkehr zur Entspannung wünscht, muß daher auf eine baldige Überwindung der innersowjetischen Schwierigkeiten hoffen. Eine handlungsfähige sowjetische Führung hätte allen Grund, zum Abbau des außenpolitischen Überengagements, zur Behebung der drängenden Wirtschaftsprobleme und zur Eindämmung des Wettrüstens nach Verständigung mit den USA und Westeuropa zu streben. Umgekehrt könnten Westeuropa und die USA von einer solchen Entwicklung nur profitieren: Der Ost-West-Handel würde gefördert; internationale Krisen ließen sich gemeinsam entschärfen; Spannungen und Konflikte in der Welt würden gemindert; und in der Friedenssicherung und Abrüstungspolitik wären — insbesondere in Europa — Initiativen möglich, die zu einer wirksamen Stabilisierung der sicherheitspolitischen Lage führen könnten.

Wenn Vernunft die Welt regierte, wäre eine realistische Entspannung auf der Basis von Stabilität und Gleichgewicht die Politik der Zukunft. Die westeuropäischen Regierungen haben in den vergangenen Monaten immer wieder zu erkennen gegeben, daß sie zu einer Wiederannäherung bereit sind; dies gilt jetzt offenbar auch für die USA. Es ist zu hoffen, daß sich in Moskau die Nebel der Führungskrise bald lichten und eine Konstellation freigeben, die eine Rückkehr zur Entspannung dort ebenfalls zuläßt.

# Europäische Sicherheit und die Neubewertung der Kernwaffen in und für Europa

## I. De-Nuklearisierungsinitiativen für Europa

Die Zweifel am Beitrag der Kernwaffenrüstung und -stationierung zur Sicherheit in Europa sind nicht erst mit den öffentlichen Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 aufgetreten. Frühe Formulierungen solcher Zweifel sind schon vor etwa 30 Jahren in die Öffentlichkeit getragen worden, als die Pläne der damaligen Regierung der USA unter Präsident Eisenhower bekannt wurden, sog. taktische Atomwaffen mit Trägern kurzer und mittlerer Reichweite in Westeuropa zu stationieren.

Heute läßt sich feststellen, daß die präventiven Zielsetzungen der damals kreierte Politik der Atombewaffnung — Kriegsverhütung und Nichtdiskriminierung der Bundesrepublik — zwar nicht verfehlt, aber mit immensen Kosten und ohne die Herstellung stabiler Friedenserwartungen erkaufte wurden. Demgegenüber wurden die auf Revision des Status quo — Wiedervereinigung Deutschlands und darüber hinaus Zurückdrängen der Sowjetunion aus Osteuropa — gerichteten Zielsetzungen nicht nur nicht erreicht, sondern in ihr Gegenteil verkehrt: weder reagierte die Sowjetunion auf die Militär- und Rüstungspolitik der NATO in Europa mit rüstungs- oder blockpolitischen Konzessionen noch wurde die Konsolidierung der DDR als zweiter deutscher Staat mit internationaler Anerkennung verhindert.

Angesichts der seither tatsächlich erfolgten Aufrüstungsprozesse in Europa und der damit einhergehenden militärischen Nuklearisierung erschiene es jedoch wenig plausibel, wollte man unvermittelt zu den Forderungen und Plänen der fünfziger Jahre zurückkehren, die das Fernhalten von Atomwaffen und ein militärisches Disengagement der beiden Paktssysteme in Europa bezweckten. Theoretisch wie praktisch stellt es einen bedeutsamen Unterschied dar, ob eine militärische De-Nuklearisierung ex ante oder ex post angestrebt wird. Im zweiten Fall wird das Ziel nur durch die Verfolgung von politischen Strategien erreichbar sein, die mit langen Fristen rechnen, Zwischenziele und -etappen bezeichnen und Möglichkeiten für das Einschlagen von Umwegen vorsehen. Diesen veränderten Ausgangsbedingungen tragen bei-

spielsweise die von der Palme-Kommission insgesamt entwickelten und vom Kommissions-Mitglied Egon Bahr noch weiter getriebenen Überlegungen zur militärischen De-Nuklearisierung in Europa sowie der zuerst von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith zur Diskussion gestellte Vorschlag eines Verzichts der NATO auf den Ersteinsatz von Kernwaffen<sup>1)</sup> zumindest teilweise Rechnung.

Ausgehend vom Konzept der gemeinsamen Sicherheit von Ost und West geht es der Palme-Kommission<sup>2)</sup> um den stufenweisen Abbau der nuklearen Bedrohung in Europa. Nach ihrer Überzeugung geht die Hauptgefahr der Auslösung einer atomaren Eskalation derzeit von den in Zentraleuropa beiderseits der Blockgrenzen stationierten atomaren Gefechtsfeldwaffen aus. Daher empfiehlt die Kommission als einen Einstieg in die De-Nuklearisierung „die Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone, die von Mitteleuropa bis in die äußersten nördlichen und südlichen Flanken der beiden Bündnisse reicht“<sup>3)</sup>. Als konkreten Beginn dieses Prozesses faßt die Kommission einen zweimal 150 km breiten Streifen entlang der deutsch-deutschen und der deutsch-tschechoslowakischen Grenze ins Auge.

Gleichsam den Ansatz der Palme-Kommission zu Ende denkend formuliert Egon Bahr in einem Sondervotum eine umfassende Zielvorstellung für einen Prozeß der militärischen De-Nuklearisierung in Europa:

- „1. Alle Atomwaffen werden aus den Staaten in Europa abgezogen, die nicht über sie verfügen.
2. Auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte wird ein annäherndes Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt hergestellt.
3. Die beiden Bündnisse mit ihren Verpflich-

<sup>1)</sup> McG. Bundy / G. F. Kennan / R. S. McNamara / G. Smith, Kernwaffen und das Atlantische Bündnis, in: Europa-Archiv, 37 (1982) 7, S. 183—198.

<sup>2)</sup> Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit. „Common Security“, Berlin 1982.

<sup>3)</sup> Ebd., S. 164 f.

tungen und Garantien bleiben unverändert.“<sup>4)</sup>

Ohne sich das Konzept einer atomwaffenfreien Zone zu eigen zu machen, sind sich die Befürworter des Verzichts auf den Ersteinsatz von Kernwaffen der nachhaltigen Auswirkungen eines derartigen Schrittes auf die sicherheitspolitische Strategie der NATO bewußt. Dieser Vorschlag nährt sich im wesentlichen aus dem Zweifel an der Glaubwürdigkeit einer solchen Drohung und damit an deren unterstellter Abschreckungswirkung, weil sie von der unrealistischen Annahme der politischen Beherrschbarkeit einer atomaren Eskalation im Kriege ausgeht. Hinzu kommt, daß die Vorstellung von der Begrenzbarkeit nuklearer Kriegsführung z. B. in und auf Europa weder für die Sowjetunion und den Warschauer Pakt noch für die europäischen Verbündeten der USA akzeptabel sein kann. In dem mit „No First Use“ überschriebenen Bericht der Union of Concerned Scientists heißt es u. a.:

„— Die Unterscheidung zwischen konventionellem und nuklearem Krieg ist von überragender Bedeutung ...

— Eine sichere konventionelle Verteidigung, die eine kraftvolle konventionelle Abschreckung und, falls nötig, Erfolg im Einsatz versprechen kann, liegt im Bereich des mit erträglichen politischen und ökonomischen Kosten Durchführbaren.

— Die gegenwärtige Strategie des Ersteinsatzes wird sehr wahrscheinlich zu der Katastrophe eines Nuklearkrieges führen; dies kann intellektuell und moralisch nicht unterstützt werden; sie wirkt im Bündnis desintegrierend.“<sup>5)</sup>

Die hier illustrativ für die gegenwärtige Diskussion über die militärische De-Nuklearisierung in Europa ausgewählten Stellungnahmen gehen von der realistischen Voraussetzung aus, daß sich die Zahl der derzeit existierenden Kernwaffenmächte in absehbarer Zeit nicht verringern wird. Sie stellen in Rechnung, daß selbst unter den Befürwortern der jetzigen NATO-Militärstrategie der flexi-

blen Reaktion eine Mehrheit den Kernwaffen im Grunde keine Kriegsführungsfunktion zuerkennt, also die atomare Schwelle eher angehoben wissen will. Sie setzen schließlich auf die politische Eigendynamik der Umsetzung von Einstiegs Konzepten (wie Teilrückzug von Kernwaffen bzw. Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen), deren doppelte Qualität als Begrenzung der Konfrontationsrisiken zwischen Ost und West einerseits und als rücknehmbare rüstungskontrollpolitische Initiative andererseits in einer demokratischen Öffentlichkeit zustimmungsfähig sein dürfte.

Problematisch bleiben in dieser Diskussion die Überlegungen zum Charakter der konventionellen Verteidigung, die bei einer militärischen De-Nuklearisierung wieder in den Vordergrund der militärischen Sicherheitspolitik rückt. Ist der Preis der militärischen De-Nuklearisierung eine konventionelle „Nachrüstung“ der NATO, um die behauptete konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts in Europa auszugleichen? Oder erscheint es zwingend, eine Art von Junktum zwischen militärischer De-Nuklearisierung und Fortschritten bei Rüstungskontrollverhandlungen von der Art der MBFR-Verhandlungen herzustellen? Oder gehören gar De-Nuklearisierung, Konventionalisierung und strikte Abwehrorientierung zusammen, um den Innovationscharakter einer Kursänderung in der militärischen Sicherheitspolitik zu wahren?

Relativ vage erweisen sich auch die Ausführungen in den erwähnten Stellungnahmen zur Frage nach der Zukunft der Bündnissysteme in West und Ost. Auch wenn eine Auflösung der Bündnissysteme eher unwahrscheinlich und ihr Weiterbestehen auch unter den Bedingungen einer wie auch immer getätigten militärischen De-Nuklearisierung in Europa zu erwarten ist, wird sich eine Überprüfung der Aufgaben und inneren Strukturen der Bündnissysteme von selbst aufdrängen. Darin liegt neben den unvermeidlichen Risiken auch eine Chance zu einer politisch-diplomatischen Rekonstruktion Europas.

## II. Sicherheitspolitische Defizite der amerikanischen und französischen kernwaffengestützten Militärstrategie aus deutscher Sicht

Die oben angesprochenen, keineswegs völlig neuen Zweifel am Beitrag der Kernwaffenrü-

stung und -stationierung zur Sicherheit in Europa wurden zwar durch die öffentlichen

<sup>4)</sup> Ebd., Anhang II, S. 199.

<sup>5)</sup> No First Use. A Report by the Union of Concerned Scientists. Cambridge (Mass.) 1983. Deutsch: Erklärung des Verzichts auf Ersteinsatz. Auszugs-

weise abgedruckt in: E. Krippendorff / R. Stuckenbrock (Hrsg.), Zur Kritik des Palme-Berichts. Atomwaffenfreie Zonen in Europa, Berlin 1983, S. 181 bis 195, hier: S. 184.

Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluß von 1979 wieder belebt; sie fanden aber ihre inhaltliche Stütze in den über einen engen Kreis von Experten hinaus sich verbreitenden Einsichten in die für die Bundesrepublik Deutschland fatale Logik der militärischen Sicherheitspolitik ihrer Hauptverbündeten. Diese Logik der militärischen Sicherheitspolitik der USA und NATO einerseits sowie Frankreichs andererseits läuft derzeit — von ganz unterschiedlichen Ausgangspunkten ausgehend — darauf hinaus, im Falle des Versagens der nuklearen Abschreckung den „ungewollte(n) Atomkrieg“ (Daniel Frei)<sup>6)</sup> oder „Weltkrieg wider Willen“ (Dieter S. Lutz)<sup>7)</sup> vom Territorium der USA bzw. Frankreichs möglichst fernzuhalten und auf Zentraleuropa (und ggf. andere Gebiete im eurasischen Raum) zu begrenzen. Wie immer auch die Einschätzungen der Durchführbarkeit einer solchen Planung im Kriege und der Akzeptanz eines derartigen Szenarios durch die Gegenseite (also durch die Sowjetunion) ausfallen mögen, die Praxis der militärischen Sicherheitspolitik der Hauptverbündeten der Bundesrepublik hat zur Folge, Zentraleuropa zum Stationierungs- bzw. Zielgebiet der jeweils modernsten konventionellen, nuklearen und chemischen Waffen zu machen und im Falle einer wo auch immer ausgelösten Krise im Verhältnis der Supermächte untereinander als Manövrierraum auch für militärische Aktionen zur Krisenbewältigung zu benutzen.

### 1. Zur Sicherheitskonzeption der USA

Die militärische Sicherheitspolitik der USA und die ihr zugeordneten militärstrategischen Konzepte zielen auf Kriegsverhütung und, im Falle eines „wider Willen“ ausgebrochenen Krieges, auf rasche Kriegsbeendigung durch umfassende militärische, insbesondere nukleare Abschreckung bzw. Verteidigung, die es den USA und ihren Verbündeten erlaubt, die Oberhand zu behalten („to prevail“)<sup>8)</sup>. Dabei sind zwei Varianten des Abschreckungskonzepts zu unterscheiden: Abschreckung durch die Androhung eines untragbaren Ver-

geltungsschadens („deterrence by punishment“; Vergeltungsabschreckung) und Abschreckung durch die Androhung einer auf allen Eskalationsstufen überlegenen Kriegsführungsfähigkeit („deterrence by denial“; Abschreckung durch Eskalationsdominanz). Die Praxis der militärischen Sicherheitspolitik der USA stellt einen Formelkompromiß zwischen beiden Varianten dar, um die Glaubwürdigkeitsdilemmata einer kernwaffengestützten Militärstrategie zu verringern<sup>9)</sup>.

Das grundsätzliche (Glaubwürdigkeits-)Dilemma der nuklearen Abschreckung liegt darin, daß die Wahrscheinlichkeit, die Androhung eines untragbaren Vergeltungsschadens wahr zu machen, mit der Gefahr von Eigenschäden aufgrund einer entsprechenden gegnerischen Reaktion abnimmt. M. a. W., unter den Bedingungen einer gesicherten nuklearen Zweitschlagfähigkeit sowohl der USA als auch der Sowjetunion ist die Androhung eines untragbaren Vergeltungsschadens noch am ehesten im Rahmen der strategischen Direktbeziehung zwischen den Supermächten glaubhaft. Dieser Sachverhalt zeitigt drei unterschiedliche, parallel eintretende Konsequenzen in der militärischen Sicherheitspolitik der USA:

1. Sie tendiert dazu, die Strategie der Vergeltungsabschreckung für den Schutz des eigenen Territoriums zu reservieren (die USA bzw. Nordamerika als Sanktuarium).
2. Im Verhältnis zu bündnisabhängigen nicht-atomaren Staaten, vor allem in Westeuropa, strebt sie eine Risikoverteilung derart an, daß sie, um nicht mit dem eigenen Territorium und dessen Bevölkerung haften zu müssen, für den Schutz dieser Staaten auf Abschreckung durch überlegene Kriegsführungsfähigkeit — auch mit sog. taktischen Atomwaffen — („Eskalationsdominanz“) setzt.
3. Dieses grundsätzliche Dilemma der nuklearen Abschreckung gibt einen objektiven Anreiz — für beide Supermächte —, die nukleare Erstschlagfähigkeit zu erwerben, um dem Glaubwürdigkeitsdilemma zu entrinnen

<sup>9)</sup> Grundlegend zur militärischen Sicherheitspolitik der USA vgl. den Aufsatz von A. L. Friedberg, *A History of the U. S. Strategic 'Doctrine' — 1945 to 1980*, in: *Journal of Strategic Studies*, 3 (1980) 3, S. 37—71. Zu der angesprochenen Problematik vgl. Arbeitsgruppe Friedensforschung Tübingen, *Atomwaffenfreiheit und Europäische Sicherheit. Möglichkeiten und Probleme einer anderen Sicherheitspolitik*, Tübingen 1983, Einleitung; L. R. Beres, a. a. O. (Anm. 8), passim; R. Joseph, *NATO and the Limits of Ambiguity*, in: *Fletcher Forum. A Journal of Studies in International Affairs*, 6 (1982) 1, S. 186 bis 196.

<sup>6)</sup> D. Frei, *Der ungewollte Atomkrieg. Eine Risikoanalyse*, München 1983.

<sup>7)</sup> D. S. Lutz, *Weltkrieg wider Willen? Eine Kräftevergleichsanalyse der Nuklearwaffen in und für Europa*, Reinbek bei Hamburg 1981.

<sup>8)</sup> So eine Äußerung von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger: „...that we take steps to ensure that our nuclear forces can 'prevail'“. Zit. nach: L. R. Beres, *Myths and Realities. US Nuclear Strategy*, Muscatine (Iowa) 1982 (Occasional Paper 32), S. 3.

und der Gegenseite ein für allemal den eigenen Willen aufzuzwingen<sup>10)</sup>.

Neben dem grundsätzlichen (Glaubwürdigkeits-)Dilemma der nuklearen Abschreckung besteht das schon angedeutete, vor allem die nichtatomaren Mitgliedstaaten der NATO berührende strukturelle Dilemma der nuklearen Abschreckung<sup>11)</sup> und der sich darauf gründenden Mehrdeutigkeit der Schutzzusage der USA im Bündnis. Die vermeintliche Notwendigkeit des Ersteinsatzes von Waffen aus dem euro-nuklearen Arsenal der NATO beinhaltet einerseits ein hohes Selbstzerstörungsrisiko für Europa, das im wesentlichen die Kriegslasten zu tragen hätte, und andererseits die Gefahr, daß bei einem entsprechenden Fortschreiten der Zerstörung Mitteleuropas im realen Konfliktfall eine allgemeine nukleare Reaktion der NATO nur noch den Charakter einer Bestrafungsaktion gegenüber der Sowjetunion hätte. Eine mit dem Risiko der Vernichtung der USA verknüpfte Ankopplung amerikanischer interkontinentaler Atomwaffen wäre dann jedoch erst recht fraglich.

Diese aufgrund der Auseinandersetzungen über den NATO-Doppelbeschluß einer breiten Öffentlichkeit bewußt gewordenen Dilemmata der nuklearen Abschreckung im Bündnis haben zu einer tiefgehenden Akzeptanzkrise der über die NATO vermittelten militärischen Sicherheitspolitik in und für Europa geführt. Als Belege für diese Feststellung mögen neben Hinweisen auf die Friedensbewegung vor allem Äußerungen von eher konservativ einzustufenden prominen-

<sup>10)</sup> Der Erwerb der nuklearen Erstschlagfähigkeit durch eine Konfliktpartei im Ost-West-Verhältnis scheint indessen — jedenfalls vorerst — nicht im Bereich des Möglichen zu liegen, würde aber dieser Seite eine Abschreckungsmacht par excellence zuwachsen lassen. Tatsächlich wäre eine Entwicklung auf diesen Zustand hin im höchsten Maße kriegsträchtig: Die Wahrnehmung der Wahrscheinlichkeit, daß einer Konfliktpartei der Durchbruch zur Erstschlagfähigkeit gelingt, würde die Bereitschaft der Gegenpartei, durch einen präemptiven Schlag diesem Durchbruch zuvorzukommen bzw. ihm seine politisch-strategische Wirkung zu nehmen, drastisch ansteigen lassen. Gelänge demgegenüber einer Konfliktpartei der Erwerb der Erstschlagfähigkeit ohne präemptiven Gegenschlag, würde sich bei dieser mit hoher Wahrscheinlichkeit die Vorstellung von der Gewinnbarkeit eines Atomkrieges einstellen und sie zu einer aggressiven Politik gegenüber Dritten verleiten. Vgl. dazu die ausführliche Erörterung bei E. Müller, Rüstungspolitik und Rüstungsdynamik: Fall USA. Zur Analyse der Rüstungsmotive einer Weltmacht und zur Theorie moderner Rüstungsdynamik, Diss., Tübingen, 1983, hier insbes. S. 138—182.

<sup>11)</sup> Vgl. Arbeitsgruppe Friedensforschung Tübingen, Atomwaffenfreiheit, a. a. O. (Anm. 9), Einleitung.

ten Politikern wie Kurt Biedenkopf (CDU) sowie die vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr erhobenen Befunde dienen.

Kurt Biedenkopf, der sich im konservativen Lager bisher am weitesten vorgewagt hat, gibt dieser Akzeptanzkrise der kernwaffengestützten Sicherheitspolitik wie folgt Ausdruck: „Die nukleare Abschreckung ist als militärisches Instrument der Friedenssicherung ungeeignet. Sie ist nur als politisches Instrument der Friedenssicherung denkbar. Aber selbst als ein Instrument der Politik wird sie im demokratischen Konsens nicht dauerhaft stabilisierbar sein. Denn der — in der Drohung notwendig mitgedachte — Umschlag der nuklearen Abschreckung von der politischen Drohung zur militärischen Tat wäre zugleich das Ende der Politik. Mit der nuklearen Abschreckung als politischem System der Friedenssicherung setzt die Politik gewissermaßen alles auf eine Karte. Sie gerät damit selbst in eine Grenzsituation. In eine solche Lage darf sich die Politik nie begeben. Auf Dauer gesehen ist, gemessen an Politik in der Grenzsituation, jede Alternative besser.“<sup>12)</sup>

Vorboten dieser in der Gegenwart festzustellenden Akzeptanzkrise finden sich in Umfragen, die vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr unter Leitung von Ralf Zoll durchgeführt werden<sup>13)</sup>. Diese Umfragen vermitteln Einsichten in die ambivalente Einstellung der Bevölkerung zu Fragen der militärischen Sicherheitspolitik: Auf der einen Seite erfährt die Bundeswehr selbst eine starke positive Bewertung, zugleich erweist sich die Bevölkerung über die für die Verwendung der Bundeswehr gültige Militärstrategie der NATO nur unzureichend informiert. Auf der anderen Seite zeigt sich, „daß der Grad der Verteidigungsbereitschaft erheblich abnimmt, sobald in die Fragen Aussagen über die NATO-Strategie eingebaut werden. Während auf die schlichte Frage, ob sich die Bundesrepublik gegen einen militärischen Angriff wehren sollte, zu allen drei Fragezeitpunkten zwischen 57 und 64 % der Bürger dafür stimmten, waren sie unter der Bedingung, daß in einem solchen Krieg Atomwaffen einge-

<sup>12)</sup> K. Biedenkopf, Wege aus der nuklearen Grenzsituation, in: Die Zeit, Nr. 47 v. 18. 11. 1983, S. 4; vgl. auch den früheren Beitrag von K. Biedenkopf, Rückzug aus der Grenzsituation, in: Die Zeit, Nr. 45 v. 30. 10. 1981.

<sup>13)</sup> Vgl. dazu B. Meyer, Der Bürger und seine Sicherheit. Zum Verhältnis von Sicherheitsstreben und Sicherheitspolitik, Frankfurt—New York 1983; dort werden auf S. 179 ff. die von Ralf Zoll erhobenen Daten analysiert; im Anhang (insbes. S. 265 ff.) befinden sich einzelne Umfrageergebnisse und im Literaturverzeichnis sind die herangezogenen Untersuchungen von Zoll aufgeführt (S. 294).

setzt werden müßten', um die Jahreswende 1977/78 noch mit 19,0 % dafür und mit 60,5 % dagegen und bei der letzten Umfrage im Februar/März 1980 sogar im Verhältnis 15,2 zu 71,0 % dagegen<sup>14)</sup>.

Aus diesen und ähnlich gelagerten Befunden kann zuverlässig geschlossen werden, daß die westdeutsche Bevölkerung seit längerem zwar die militärische Landesverteidigung mit deutlicher Mehrheit bejaht und auch die dafür erforderlichen materiellen Kosten, weniger allerdings die persönlichen Lasten zu tragen gewillt ist; eine militärische Sicherheitspolitik jedoch, die auf einem auch die nukleare Kriegführung in Europa einschließenden Abschreckungskonzept beruht, wird von ihr nachhaltig abgelehnt. Dies ist nur zu verständlich, „da mit Blick auf die Atomwaffen befürchtet wird, ein neuer großer Krieg werde weitaus schlimmer enden als der Zweite Weltkrieg“; und schließlich ist aus Umfrageergebnissen zu entnehmen, „daß sich die Einsicht, ein neuer Weltkrieg würde in einen Atomkrieg eskalieren, bei dem es keinen Gewinner mehr gibt, nach und nach in der Bevölkerung durchgesetzt hat“<sup>15)</sup>.

Diese Akzeptanzkrise der über die NATO vermittelten militärischen Sicherheitspolitik wird noch zusätzlich dadurch genährt, daß die Reagan-Administration in ihrer Abschreckungsstrategie das Element der sog. horizontalen Eskalation in jüngerer Zeit besonders betont hat, wodurch die Sicherheit der nichtatomaren Staaten Westeuropas noch deutlicher als je zuvor globalstrategischen Kalkülen der USA untergeordnet wird. In seinem Bericht an den Kongreß für das Haushaltsjahr 1983 weist Verteidigungsminister Weinberger darauf hin, daß die USA im Falle einer außereuropäischen bewaffneten Auseinandersetzung mit der Sowjetunion sich vorbehalten, Gegenoffensiven an Orten einzuleiten, „wo wir den Ausgang des Krieges beeinflussen können“ und „deren Bedeutung denen vergleichbar ist, die er (der Feind — V. R.) angreift“<sup>16)</sup>.

In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wird diese Erweiterung der amerikanischen Abschreckungsdoktrin zutreffend wie folgt

<sup>14)</sup> Ebd., S. 180.

<sup>15)</sup> Ebd.

<sup>16)</sup> Vgl. dazu die Studie von E. Lübckemeier, Probleme, Voraussetzungen und Chancen einer Konventionalisierung der NATO-Strategie, Bonn: Studiengruppe Sicherheit und Abrüstung im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung 1983, insbes. S. 46 ff. (Die Zitate entstammen dem Annual Report to the Congress, Caspar W. Weinberger, Secretary of Defense, Fiscal Year 1983, Washington (D. C.), U. S. Government Printing Office 1982, S. 1—16.)

interpretiert: „Wollen die USA mit einer solchen horizontalen Eskalation einer militärischen Konfrontation zwischen ihr und der Sowjetunion im Persischen Golf glaubwürdig drohen, bleibt wohl nur ihre geographische Ausweitung auf Europa, weil darin allein die von Weinberger geforderte Werte-Parität bestünde ... Die amerikanische Drohung mit horizontaler Eskalation verknüpft also die Stabilität der Abschreckung in Europa mit der Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Konfrontation in der Dritten Welt.“<sup>17)</sup>

Ohne die Teilabhängigkeit der westeuropäischen Staaten einschließlich der Bundesrepublik von Öllieferungen aus der Region Südwestasien und deren Interesse an der Verhütung bzw. raschen Beendigung von Kriegen in dieser Region zu unterschätzen, kann die wirtschaftliche und soziale Sicherheit in Westeuropa auch ohne die Globalisierung der militärischen Sicherheitsvorkehrungen für Europa hinlänglich gewahrt werden. An die Stelle selbstgefährdender Konzepte der horizontalen Eskalation von lokalen bzw. regionalen Dritte-Welt-Konflikten tritt im westeuropäischen Sicherheitsinteresse die (nichtmilitärische) Einhegung solcher Auseinandersetzungen sowie eine auf Diversifikation angelegte Energiepolitik (und Rohstoffpolitik) einerseits und eine Entwicklungspolitik andererseits, die Prozesse des sozialen Wandels zu fördern und vor dem Abgleiten in staatliche Repression von oben oder gewaltsame Eruptionen von unten zu bewahren sucht. Die in der amerikanischen Dritte-Welt-Politik immer wieder durchbrechende Neigung, für alle krisenhaften Entwicklungen die Sowjetunion (u. U. auch Kuba, Vietnam) verantwortlich zu machen und diesen Entwicklungen vor allem mit militärischen Mitteln zu begegnen, findet in weiten Teilen der interessierten Öffentlichkeit in Westeuropa (und selbst in den USA) ein skeptisches bis ablehnendes Echo<sup>18)</sup>.

## 2. Die französische Sicherheitspolitik

So sehr sich die militärstrategische Ausformung der französischen Sicherheitspolitik für

<sup>17)</sup> Ebd., S. 49.

<sup>18)</sup> Dies läßt sich z. B. ablesen aus einer Umfrage in: Newsweek, No. 28 vom 11. 7. 1983; bei der Beantwortung der Frage: „Overall do you think a strong American military presence around the world tends to increase the chance of peace or tends to increase the chance of war?“ ist eine klare Tendenz erkennbar, daß einer weltweiten militärischen Präsenz der USA eher eine die Kriegsgefahr erhöhende Wirkung zugeschrieben wird (Frankreich 46%, Großbritannien 43%, Japan 52%; nur die Bundesrepublik weicht mit 25% davon ab).

Europa von der amerikanischen und in der NATO akzeptierten Doktrin und Praxis unterscheidet, so nachhaltig trägt sie zur Komplizierung der sicherheitspolitischen Gesamtlage und zur Verschiebung der Sicherheitsrisiken auf die nichtatomaren Staaten Westeuropas bei. Davon ist zu allererst der „privilegierte Partner“ Bundesrepublik Deutschland betroffen, für den die französische Politik reichlich gute Worte, aber wenig verbindliches Engagement zu dessen effektivem Schutz bereithält.

Die französische militärische Sicherheitspolitik fußt erklärtermaßen auf den beiden Pfeilern der nationalen Unabhängigkeit und der durch bi- und multilaterale Bündnisse begründeten internationalen Solidarität<sup>19)</sup>. Der Vorrang des Unabhängigkeitsprinzips zeigt sich indessen darin, daß die französische Politik keinerlei Automatismen hinsichtlich der Art, des Umfangs und des Zeitpunkts der Erfüllung von Solidarverpflichtungen anerkennen will. Konkreter faßbar werden diese Eckpfeiler der französischen militärischen Sicherheitspolitik in der ursprünglich 1972 vom damaligen gaullistischen Verteidigungsminister Michel Debré vorgetragenen und vom jetzigen sozialistischen Verteidigungsminister Charles Hernu mit Entschiedenheit wieder aufgegriffenen Drei-Kreise-Doktrin der Wahrung französischer Sicherheitsinteressen:

„— An erster Stelle das französische Staatsgebiet, das der hauptsächliche Gegenstand der Verteidigung ist, da es die nationale Identität verkörpert ...

— An zweiter Stelle Europa, vor allem Westeuropa, das vom Atlantischen Bündnis und der Westeuropäischen Union geschützt wird und das natürliche und vorrangige Gebiet für unsere politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen ist ...

— Die Verteidigungspolitik Frankreichs muß schließlich bis in die entferntesten Gebiete durchgeführt werden. Das schließt Gegenden ein, wo viele unserer Staatsbürger wohnen, wo Länder liegen, mit denen uns besonders enge Beziehungen, Abkommen über Zusammenarbeit oder Verteidigung verbinden, und ebenso die für unsere Versorgung und Seewege wesentlichen Regionen.“<sup>20)</sup>

<sup>19)</sup> Zur französischen Sicherheitspolitik vgl.: Frankreichs Verteidigungspolitik, 1958—1980. Eine Dokumentation, zusammengestellt und eingeführt von W. Schütze, in: Militärpolitik Dokumentation, Heft 32/33, 1983; sowie M. Kreile, Frankreichs Sicherheitspolitik unter Mitterrand, in: Außenpolitik, 35 (1984) 1, S. 54—66.

<sup>20)</sup> Rapport sur la programmation des dépenses mi-

Die militärstrategische Umsetzung dieser Drei-Kreise-Doktrin sieht vor, daß sowohl die strategischen und taktischen Kernwaffen als auch der Großteil der konventionellen Streitkräfte in erster Linie die Sanktuarisierung des französischen Nationalterritoriums zu garantieren bestimmt sind. Zwar wird die Bündnistreue Frankreichs mit Hinweisen auf die indirekte Abschreckungswirkung französischer Kernwaffen zugunsten der westeuropäischen Bündnispartner sowie durch Verweis auf die in Südwestdeutschland stationierten französischen Truppen bekräftigt, diese aber auch stets durch den Ausschluß eines jeden Beistandsautomatismus relativiert. Zudem läßt gerade die jüngst eingeleitete Reorganisation des Heeres eher Rückschlüsse auf eine weitergehende Distanzierung von Beistandspflichten in Europa zu.

Der Pariser Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung schreibt dazu: „Die jetzt neu aufzustellende hochmobile *Force d'Action Rapide* (FAR) von fünf Divisionen soll als Expeditionskorps in Zukunft zur Erfüllung des ‚Solidaritäts‘-Pensums zum schlagkräftigen und raschen Einsatz an ‚vorderster Linie‘ an der Seite der Alliierten in der Lage sein. Das bisherige Corps de Bataille der 1. Armee beidseits des Rheins verliert dabei andererseits tendenziell an Bedeutung als ‚NATO-Reserve in zweiter Linie‘ zugunsten einer erneuten Rückbesinnung auf ein ‚Unabhängigkeits‘-Pensum als bloßer konventioneller ‚Testschleier‘ in der rein nationalen Abwehr vor dem Losfeuern der taktischen Nuklearwaffen des ‚Ultime avertissement‘ und gegebenenfalls der großen nuklearen ‚frappe‘.“<sup>21)</sup>

Zwar geht der Autor nicht so weit, die französische Militärstrategie als Ausdruck eines faktischen Neutralismus einzustufen, gewinnt aber den „Eindruck, daß Frankreich unter wieder strikterer Trennung seiner eigenen nuklear und konventionell zusammengesetzten nationalen Dissuasion von allfälligen Allianzpflichten in Westeuropa sich vielmehr ein geschmeidigeres Instrument schaffen will, das ihm technisch für eine noch viel längere Zeit als bisher die Entscheidung über dessen Einsatz im kollektiven Allianzinteresse hinauszuzögern gestattet und vor allem auch stets die Wahl offenhält, ob es überhaupt eingreifen oder nicht viel eher das neu formierte

litaires et des équipements des forces armées pour la période 1984—1988, Annexe I, No. 1452; zit. nach W. Schütze, a. a. O. (Anm. 19), S. 154.

<sup>21)</sup> Neue Zürcher Zeitung vom 3./4. 7. 1983, S. 5: „Einnebelung von Frankreichs Verteidigungsdoktrin“.

Mittel einzig zur eigenen Hexagonverteidigung einsetzen soll<sup>22)</sup>.

Der Schluß, daß die geplante Neuorganisation des französischen Heeres eher eine Schwächung als eine Stärkung des französischen Beitrages zur konventionellen Verteidigung Westeuropas beinhaltet, ergibt sich nicht zuletzt aus dem Umstand, daß die *Force d'Action Rapide* eben nicht ausschließlich oder primär als Eingreiftruppe zur Stabilisierung der zentraleuropäischen Front, sondern auch und nicht zuletzt als Expeditionskorps für außereuropäische Verwendungen vorgesehen ist<sup>23)</sup>.

Stellen schon die Ungewißheiten über das französische Engagement zur konventionellen Verteidigung Westeuropas eine objektive Belastung der westeuropäischen und insbesondere der deutsch-französischen Solidarität dar, so muß eine strikt national-partikularistisch konzipierte und implementierte Abschreckungspolitik Frankreichs in Europa zu einer Herausforderung für die westdeutschen Sicherheitsinteressen werden. Dieser objektive sicherheitspolitische Interessenkonflikt liegt darin begründet, daß eine derartige französische Militärstrategie das Territorium der Bundesrepublik als Glacis der eigenen Verteidigung auffaßt, die Sicherung dieses Vorfeldes aber vornehmlich den der NATO unterstellten Streitkräften der Verbündeten überläßt und sich darüber hinaus vorbehält, bei einem etwaigen Durchbruch von Verbänden des Warschauer Pakts nach Westen die eigenen taktischen Kernwaffen gegen Ziele auf dem Territorium der Bundesrepublik einzusetzen. Zwar sieht die französische Militärstrategie — anders als die NATO-Strategie — keine Duelle mit nuklearen Gefechtsfeldwaffen vor, doch der als Demonstration der eigenen Entschlossenheit zur strategischen nuklearen Vergeltung gedachte Einsatz von luft- und landgestützten Atomraketen gegen sich der französischen Ostgrenze nähernde WVO-Streitkräfte würde in der Bundesrepublik Zerstörungen anrichten, die sich nicht wesentlich von den Folgen einer nuklearen NATO-

Kriegführung im Rahmen der flexiblen Reaktion unterscheiden.

Diese Puffer- bzw. Glacis-Funktion der Bundesrepublik in der militärischen Sicherheitspolitik Frankreichs widerspricht dem Geist und den Buchstaben der zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland bestehenden vertraglichen Bindungen, die aber von Frankreich vor allem im Falle des WEU-Vertrages z. T. offen mißachtet (Protokoll III), z. T. implizit ignoriert werden (Art. V)<sup>24)</sup>. Diese Elemente der französischen Politik konnten aus westdeutscher Sicht solange als störende, aber letztlich belanglose Ränderscheinungen der westlichen Sicherheitspolitik in und für Europa behandelt werden, wie die amerikanische Sicherheitspolitik Westeuropa nicht die Primärhaftung für die Glaubwürdigkeit der Abschreckung im Bündnis zuschob. In dem Maße allerdings, wie die Ziele sowohl der französischen als auch der amerikanischen Politik darin zu konvergieren begannen, ihr eigenes Territorium von der Haftung für die Sicherheit der nichtatomaren Staaten Westeuropas so weit wie möglich auszunehmen und die Vorstellung zu akzeptieren, daß das Territorium dieser Staaten Teil eines nuklearen Kriegsschauplatzes werden könnte, mußte sich in der Öffentlichkeit dieser Staaten, nicht zuletzt der Bundesrepublik Deutschland, die Frage nach der Gleichbehandlung bzw. Mitbestimmung bei der nuklearen Abschreckungsplanung in den Bündnissen (NATO, WEU) oder aber die Frage nach der Absage an jegliche kernwaffengestützte militärische Sicherheitspolitik mit aller Schärfe stellen. Die Kritik der westlichen Nuklearstrategien in der Bundesrepublik richtet sich zwar in erster Linie gegen deren weder moralisch noch politisch-pragmatisch zu vertretenden Zerstörungsrisiken für die nichtatomaren Bündnismitglieder; sie muß aber auch als Reaktion auf die Erkenntnis gedeutet werden, daß die derzeitige sicherheitspolitische Bindung an die Hauptverbündeten USA und Frankreich von einer zwischen Oktroi und Vernachlässigung schwankenden Scheinsolidarität gekennzeichnet ist.

### III. Ansätze zur Erneuerung der Sicherheitspolitik in und für Europa

Aus der Analyse der sicherheitspolitischen Defizite der kernwaffengestützten Militär-

strategien der Hauptverbündeten der Bundesrepublik ergeben sich erste deutliche Hin-

<sup>22)</sup> Ebd.

<sup>23)</sup> Dies bestätigte Verteidigungsminister Hernu in einer Rede vor dem Institut für höhere Studien der nationalen Verteidigung (IHEDN) am 16. 11. 1982, vgl. W. Schütze, a. a. O. (Anm. 19), S. 134 f.

<sup>24)</sup> Vgl. M. Gerner, Rüstungskontrolle und Verifikation unter Verbündeten, unveröff. Manuskript, Tübingen 1983, S. 251 ff. und S. 259 ff., sowie J. Klein, La France, l'arme nucléaire et la défense de l'Europe, in: *Politique Étrangère*, (1979) 3, S. 461—479.

weise dafür, welcher Art die Suche nach Ansätzen zur Erneuerung der Sicherheitspolitik in und für Europa sein sollte<sup>25)</sup>. Allerdings reicht diese Defizitanalyse von Militärstrategien nicht aus, um ein — wenn auch vorerst nur in Ansätzen erkennbares — Programm für eine andere, erneuerte Sicherheitspolitik zu begründen. Eine einigermaßen befriedigende Begründung müßte zusätzlich zu der Defizitanalyse von Militärstrategien auf einer Kritik der Thesen über die von der Sowjetunion (und ihren Verbündeten) ausgehende Bedrohung sowie auf einer Untersuchung der europapolitischen Ziele und Interessen sowohl der USA und also auch der Sowjetunion fußen, um die sicherheitspolitischen Handlungsspielräume einzelner europäischer Staaten bzw. Staatengruppen näher bestimmen zu können<sup>26)</sup>.

Ein auf diesen Analyse- und Begründungszusammenhängen fußendes Programm für eine andere, erneuerte Sicherheitspolitik in und für Europa weist in militärischer Hinsicht Eckwerte auf, die mit den Begriffen der De-Nuklearisierung (ohne Verzicht auf eine nukleare Residualabschreckung) und der nicht-provokativen Konventionalisierung umschrieben werden können. In politischer Hinsicht kommt als Bezugspunkt für ein solches Programm der Begriff der Europäisierung in Betracht, hier zunächst als Herausbildung einer sicherheitspolitischen Identität Westeuropas definiert.

De-Nuklearisierung soll hier in dem Sinne verstanden werden, wie er von Egon Bahr in seinem Sondervotum zum Bericht der Palme-Kommission präzisiert wurde: „Alle Atomwaffen werden aus den Staaten in Europa abgezogen, die nicht über sie verfügen.“<sup>27)</sup> Im Zuge der Europäisierung der militärischen Sicherheitspolitik würde De-Nuklearisierung jedoch auch den Verzicht Frankreichs auf seine sog. taktischen land- und luftgestützten Kernwaffenträger einschließen müssen. Den seegestützten Kernwaffenträgern Frankreichs und Großbritanniens verbliebe die Funktion, den

<sup>25)</sup> Vgl. zum folgenden auch den nach Abschluß dieses Manuskripts erschienenen Beitrag von K. E. Birnbaum, Friedenssicherung, atomare Bedrohung und öffentliche Meinung, in: Europa-Archiv, 39 (1984) 3, S. 71—80; auch Birnbaum führt als Ziele einer konsensfähigen westlichen Sicherheitspolitik eine sicherheitspolitische Autonomisierung Westeuropas und eine weitgehende Denuklearisierung seiner Verteidigung an.

<sup>26)</sup> Ausführlich dazu: Arbeitsgruppe Friedensforschung Tübingen, Atomwaffenfreiheit, a. a. O. (Anm. 9), sowie dies., Der Westen und die internationale Sicherheit. Argumente für eine andere Sicherheitspolitik, Tübingen 1981.

<sup>27)</sup> A. a. O. (Anm. 2/4).

wechselseitigen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen in Europa bzw. die Sanktionierung eines Verstoßes gegen diesen Verzicht zu garantieren.

Das Konzept der De-Nuklearisierung unterscheidet sich demnach vom Konzept der kernwaffenfreien Zone in der von der 10. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Definition<sup>28)</sup> in mehrfacher Hinsicht: De-Nuklearisierung setzt keinen multilateralen Vertrag und keine Anerkennung durch die Vereinten Nationen voraus. Die Staaten in der Zone der De-Nuklearisierung verzichten nicht auf eine nukleare Residualabschreckung. De-Nuklearisierung bedarf keines besonderen Systems der Verifikation.

Nicht-provokative Konventionalisierung<sup>29)</sup> soll heißen, daß eine konventionelle Abwehrstrategie entwickelt und in Kraft gesetzt wird, die konventionelle Angriffsaktionen des Warschauer Paktes zum Stehen zu bringen vermag, ohne selbst die eigene (Gegen-)Angriffsfähigkeit vorauszusetzen. Dem soll der Aufbau und die Dislozierung von kleinen, dezentral organisierten Militäreinheiten dienen, die einerseits für gegnerische Kernwaffeneinsätze keine lohnenden Ziele abgeben und die andererseits mit modernster, „intelligenter“ Bewaffnung zur Bekämpfung gepanzerter Verbände und zur Luftabwehr ausgerüstet sind. Konventionalisierung in diesem Sinne darf nicht als konventionelle „Nachrüstung“ (z. B. im Sinne des Rogers-Plans) mißverstanden werden<sup>30)</sup>, sondern weist den Charakter einer sicherheitspolitischen Alternative auf,

<sup>28)</sup> Schlußdokument der 10. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen (S-10/2), §§ 60 bis 62, General Assembly Official Records, Tenth Special Session, Suppl. No. 4 (A/S-10/4), New York 1978, S. 8; siehe auch U. Finckh, Atomwaffenbesitz — Atomwaffenlosigkeit — Atomwaffenfreiheit, in: Arbeitsgruppe Friedensforschung Tübingen, Atomwaffenfreiheit, a. a. O. (Anm. 9), S. 25—37; grundlegend: United Nations, Comprehensive Study of the Question of Nuclear-Weapon-Free Zones in all its Aspects. Special Report of the Conference of the Committee on Disarmament, New York 1976.

<sup>29)</sup> Zu den in diesem Bereich inzwischen bestehenden Ansätzen vgl. H. Afheldt, Defensivverteidigung, Reinbek bei Hamburg 1983; sowie Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Frieden mit anderen Waffen. Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik, Reinbek bei Hamburg 1981, Option 3: Strikte Defensivverteidigung, S. 158—181.

<sup>30)</sup> Also nicht im Sinne z. B. des Rogers-Plans oder der „Air Land Battle 2000“-Doktrin; zu diesen Konzepten vgl. B. W. Rogers, Erfordernisse für die zukünftige Verteidigung Europas, in: Europäische Wehrkunde, 32 (1983) 1, S. 15—18, sowie Militärpolitik Dokumentation, Heft 34/35, 1983, Die „Air Land Battle“-Doktrin. Eine offensive Kriegführungsdoktrin für das Schlachtfeld Europa.

die Bemühungen um konventionelle Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa erleichtert und sich von der sterilen Diplomatie der Schuldzuweisungen freimacht.

## 1. Bedrohungsanalysen

Die Postulate der De-Nuklearisierung und Konventionalisierung ergeben sich für die nichtatomaren Staaten Westeuropas und insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland aus den Defiziten der amerikanischen und französischen Militärstrategien. Gleichwohl ist zu prüfen, ob diesen Staaten aufgrund einer Bedrohungsanalyse mit Blick auf die Sowjetunion und ihre Verbündeten keine andere vernünftige Wahl bleibt, als sich diesen Risiken auszusetzen.

Bekanntlich geht es bei diesen Bedrohungsanalysen um die Abschätzung der Fähigkeiten und Absichten des potentiellen Gegners. Die über die NATO vermittelte militärische Sicherheitspolitik ebenso wie die Frankreichs geht davon aus, daß die Sowjetunion und der Warschauer Pakt in Europa eine sowohl konventionelle als auch nukleare Überlegenheit besitzen, die eine grundlegende Änderung der Militärstrategie unmöglich mache, solange diese Überlegenheit fortdauere. Die Absichten des potentiellen Gegners werden demgegenüber meist weniger genau bestimmt; gleichwohl wird grundsätzlich angenommen, daß der Sowjetunion militärische Angriffsabsichten zuzutrauen sind.

Die Abschätzung der militärischen Fähigkeiten des potentiellen Gegners und insbesondere die Feststellung seiner Überlegenheit erfolgt mittels sog. Kräfte- oder Stärkevergleiche. Derartige „Vergleiche“ durch die Gegenüberstellung von Zahlen über militärische Verbände, Mannschaftsstärken und Waffensysteme sind aus der Berichterstattung der Nachrichtenmedien sattem bekannt. Die Selbstverständlichkeit, mit der solche Gegenüberstellungen der Öffentlichkeit als zuverlässige Aussagen über die militärischen Fähigkeiten des potentiellen Gegners vorgelegt werden und von dieser weithin akzeptiert zu werden scheinen, steht in einem deutlichen Mißverhältnis zu deren methodischer Dürftigkeit<sup>31)</sup>. Allein diese Methode der rein

<sup>31)</sup> Zur Problematik solcher Kräftevergleiche siehe D. S. Lutz, Zur Methodologie militärischer Kräftevergleiche. Anmerkungen zu einem sicherheitspolitischen Instrument unter besonderer Berücksichtigung der Nuklearwaffen in und für Europa, in: Politische Vierteljahresschrift, (1982) 1, S. 6—26; sowie Militärpolitik Dokumentation, Heft 30/31, 1983, Falsche Gewichte. Zur Problematik von Datenangaben in der militärpolitischen Diskussion zum

numerischen Gegenüberstellungen ohne Berücksichtigung jeglicher weiterer Faktoren wie Qualitätsmerkmale der Waffen, Zusammensetzung der Gesamtpotentiale, Unterschiede in militärischer Strategie und Taktik, geostrategische Ausgangsbedingungen, ganz zu schweigen von Faktoren wie Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft und technologischem Entwicklungsstand, öffnen der Vergleichswillkür Tür und Tor. Betrachtet man unter diesen Vorzeichen die Gesamtheit der amtlichen, offiziellen und kritischen Veröffentlichungen der letzten Jahre zu diesem Thema<sup>32)</sup>, so scheinen folgende Schlüsse vertretbar zu sein:

1. Eine Überlegenheit der konventionellen Streitkräfte des Warschauer Pakts in Europa, die Angriffsoptionen begründen könnte, ist nicht zu erkennen. Taktische Atomwaffen bzw. nukleare Gefechtsfeldwaffen auf seiten der NATO lassen sich nicht mit dem Argument der Kompensation einer konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts begründen.

2. Die Frage der nuklearen Bedrohung durch die Sowjetunion ist durch — selbst um qualitative Faktoren erweiterte — Gegenüberstellungen von Kernwaffensystemen nicht zu beantworten. Das derartigen Gegenüberstellungen zugrundeliegende Gleichgewichts- oder Paritätskriterium folgt keineswegs zwingend aus der Logik der nuklearen Abschreckung; vielmehr genügt für die nukleare Abschreckung Hinlänglichkeit der Mittel.

Insgesamt gilt, daß weder die konventionelle noch die nukleare Abschreckung einen Gleichstand der Mittel voraussetzt, sondern lediglich hinlängliche Fähigkeiten verlangt, um dem potentiellen Gegner ein Kosten-Nutzen-Kalkül aufzuzwingen, das diesem die Erreichung politischer Ziele durch militärische Macht höchst unwahrscheinlich erscheinen läßt. Dieses Kosten-Nutzen-Kalkül beinhaltet, daß

1. der durch konventionelle Verteidigung geforderte Eintritts- und ggf. Aufenthaltspreis in

---

Gleichgewicht. Die Beispiele taktischer Nuklearwaffen und sowjetischer Militärausgaben.

<sup>32)</sup> Als amtliche Quelle: Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.), Weißbuch 1983. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1983. Offiziösen Charakter hat: International Institute for Strategic Studies (IISS), The Military Balance, London 1969 ff. Als kritisch können die unter Anm. 7 bzw. 31 genannten Veröffentlichungen gelten. Als gleichsam neutrale Publikation von großem Wert: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), World Armaments and Disarmament. SIPRI Yearbook, London 1974 ff.

keinem Verhältnis zu den rational denkbaren politischen Zielsetzungen steht;

2. ferner daß der Einsatz von Kernwaffen mit der Zufügung eines kalkuliert untragbaren Schadens beantwortet wird.

Vor dem Hintergrund dieser analytischen Erwägungen und der tatsächlich vorhandenen militärischen Potentiale in Ost und West bestehen auf beiden Seiten unter der Voraussetzung des Verzichts auf imaginierte nukleare Kriegführungsoptionen jeweils unilateral ausschöpfbare Handlungsspielräume der militärischen Selbstbeschränkung, d. h. der De-Nuklearisierung und konventionellen Um- und Abrüstung.

Dieses Ergebnis wird für die westliche Seite auch nicht durch eine Analyse der Absichten der Sowjetunion in Frage gestellt. Diejenige Variante der Absichtenerforschung, die eine sowjetische Aggressionsbereitschaft aus dem vermeintlichen Streben nach militärischer Überlegenheit deduziert, können wir hier übergehen. Tragfähiger erweisen sich demgegenüber solche Analysen, die weniger durch antikommunistische Fixierungen, mitunter sogar Projektionen geprägt sind, sondern mehr auf objektivierbare Restriktionen sowie auf rekonstruierbare Handlungsmuster sowjetischer Außen- und Sicherheitspolitik abstellen.

Ein instruktives Beispiel für eine derartige Restriktionsanalyse liefert Nish Jamgotch, der betont: "... never before has the Soviet Union possessed more sophisticated and formidable weapons, yet it suffers from great insecurity and vulnerability"<sup>33</sup>).

Als Quellen sowjetischer Unsicherheit und Verwundbarkeit benennt Jamgotch fünf Problemkreise, die sich im Verlauf der Breschnew-Ära als immer weniger lösbar herauschälten:

- „1. unabating deficiencies in the Soviet economy;
2. a precarious battle with communist orthodoxy and alliance management in Eastern Europe;
3. a jittery relationship with China;
4. its true, not fancied, position in the international balance of power;
5. the constraints which global interdependency and the thermonuclear age impose on

<sup>33</sup> N. Jamgotch (Jr.), *Soviet Security in Flux*, Muscatine (Iowa) 1983 (Occasional Paper 33), S. 3; vgl. dazu auch W. C. Clemens (Jr.), *National Security and US-Soviet Relations*, Muscatine (Iowa) 1981 (Occasional Paper 26).

the rational formulation of defense policies."<sup>34</sup>)

Jamgotch's Schlußfolgerungen gehen dahin, daß keine triftigen Anhaltspunkte für die Vermutung vorliegen, die sowjetische Herrschaftselite könnte Zuflucht zu militärischen Aggressionen zumal in Europa nehmen, um von diesen ungelösten Problemen abzulenken bzw. weil sie dadurch die Probleme selbst zu beseitigen hoffte. Er sieht sich darin nicht zuletzt durch die sowjetischen Erfahrungen in der Kuba-Krise und mit der Afghanistan-Intervention bestätigt, denn „The nagging weaknesses of the Soviet economy and relentless political and economic stirrings in Eastern Europe indicate that vulnerabilities close to home will make extended *military* forays excessively costly and ill advised.“ (Hervorhebung vom Verf. — V. R.)<sup>35</sup>)

Von einem anderen Analyseansatz ausgehend, dem der Rekonstruktion empirisch überprüfbarer Handlungsmuster, kommt Harko Hakovirta mit Bezug auf das Ost-West-Verhältnis in Europa zu folgenden Ergebnissen:

„It would be erroneous to interpret Soviet policy in Europe as pure bloc politics aimed only at weakening the opposing bloc and strengthening its own. Although it has made such efforts, the Soviet Union has also sought to prevent the outbreak of general war in Europe in order to protect its own security and as a necessary precondition for the unhindered progress of peaceful competition with the capitalist system on the way to the presumed final triumph of socialism. From this perspective, the U.S.S.R. is mainly interested in preserving the balance of forces and stability in Europe, or at most, in changing the balance in its favor so gradually that the impression of stability can be maintained. Some aspects of its behavior fit in rather well with an image of the Soviet Union as a world power that is mainly interested in stability and the prevention of war.“<sup>36</sup>)

Es kann festgehalten werden, daß der Schluß auf einen sowjetischen „Grand Design“ zur militärischen Expansion nach und Unterwerfung von Westeuropa empirisch nicht plausibel begründet werden kann<sup>37</sup>). Wohl ist eine

<sup>34</sup> N. Jamgotch, a. a. O. (Anm. 33), S. 4.

<sup>35</sup> Ebd., S. 27.

<sup>36</sup> H. Hakovirta, *The Soviet Union and the Varieties of Neutrality in Western Europe*, in: *World Politics*, (1983) 4, S. 563—585, hier: S. 584 f.

<sup>37</sup> Insoweit übereinstimmend die herrschende Meinung: Vgl. z. B. D. Geyer (Hrsg.), *Sowjetunion. Außenpolitik*, Band I, Köln 1972, insb. S. 1 ff.; U. Schmiederer, *Die Außenpolitik der Sowjetunion*,

Tendenz der Sowjetunion zu erkennen, ihre Stabilitätsinteressen so zu definieren, daß sie als Ausdruck eines politischen Hegemoniestrebens gegenüber den nichtkommunistischen Staaten Europas erscheinen. Diese Tendenz ist für die Sicherheit der westeuropäischen Staaten indessen solange relativ unproblematisch, als die Sowjetunion keine Anknüpfungspunkte findet, um sich in der Innenpolitik westeuropäischer Demokratien als Quasi-Konfliktpartei zu etablieren. Die soziopolitische Stabilität der westeuropäischen Demokratien, weit mehr als ihre militärischen Kapazitäten, bietet daher die stärkste (wenn auch nicht die einzige) Garantie gegen Kriegsgefahren und Einbußen an politischer Handlungsautonomie.

## 2. Verflechtungsanalyse

Ein Programm für eine andere, erneuerte Sicherheitspolitik in und für Europa muß sich indessen nicht nur an den Ergebnissen der Bedrohungsanalyse mit Blick auf die Sowjetunion und ihre Verbündeten messen lassen; sie muß auch den Befunden der Verflechtungsanalyse bzw. einer Analyse von Entflechtungsgefahren und -folgen mit Blick auf die USA Rechnung tragen. Dies schon deshalb, weil die Ablehnung jeglicher substantiellen Revision der über die NATO vermittelten westlichen Sicherheitspolitik damit begründet wird, daß die westeuropäischen Staaten dadurch militärisch und vor allem auch politisch von den USA abgekoppelt würden<sup>38)</sup>. Damit stellt sich aber die weitere Frage, ob die USA eine solchermaßen befürchtete Abkoppelung von Westeuropa hinzunehmen bereit wären bzw. sich einer Politik des Neo-Isolationismus im Verhältnis zu Europa zuwenden würden, um eine Sicherheitspolitik der „Fortress America“ zu betreiben.

Eine plausible Antwort auf die zuletzt aufgeworfene Frage läßt sich nur finden, wenn man sich weniger von den von einigen Politikern und Publizisten geäußerten Irritationen angesichts einer Augenblickswahrnehmung des Verhältnisses USA—Westeuropa bestimmen läßt, sondern eher auf das Ausmaß und die Intensität des nach 1945 geschaffenen transatlantischen Verflechtungssystems

Stuttgart usw. 1980, insb. S. 56 ff.; K. von Beyme, *Die Sowjetunion in der Weltpolitik*, München 1983, insb. S. 11 ff. und passim.

<sup>38)</sup> So die Ansicht von Verteidigungsminister Manfred Wörner; vgl. z. B. seine Rede „Die Zukunft der Allianz“ vor der XX. Internationalen Wehrkunde-Begegnung in München am 12. 2. 1983, in: *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* (Hrsg.), *Stichworte zur Sicherheitspolitik*, Nr. 3/83, Bonn März 1983, S. 1—7, hier: S. 1.

blickt<sup>39)</sup>. Sowohl für die USA als auch für die westeuropäischen Staaten haben der Waren- und Kapitalverkehr, der kulturelle sowie wissenschaftlich-technologische Austausch, die bi- und multilateralen diplomatischen Konsultations- und Aushandlungsmechanismen und schließlich die amerikanische militärische Präsenz in Westeuropa tiefgehende wechselseitige Abhängigkeiten geschaffen. Für beide Seiten dürften daher die Kosten einer wechselseitigen Abkoppelungsstrategie als prohibitiv anzusehen sein.

Die Vermutung, daß eine solche Abkoppelung die westeuropäischen Staaten theoretisch härter trafe als die USA steht dem nicht entgegen, bringt indessen zum Ausdruck, daß das transatlantische Verflechtungssystem im Ganzen eine asymmetrische, in Teilen sogar eine hegemoniale Struktur zu Lasten Westeuropas aufweist; m. a. W., daß die USA die Rolle des „Vorsitzenden“<sup>40)</sup> spielen, diese Rolle gelegentlich in der Form einer „majority of one“ ausfüllen und im Durchschnitt relativ größere Vorteile aus dem Verflechtungssystem ziehen als die westeuropäischen Partner. Die daraus ableitbaren Beschränkungen für die Handlungsautonomie der westeuropäischen Staaten finden jedoch ihre Schranke in der gleichsam als Axiom geltenden Prämisse der amerikanischen Europapolitik: Die USA haben ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung und Fortentwicklung des transatlantischen Verflechtungssystems und an einer möglichst diversifizierten Präsenz in Westeuropa<sup>41)</sup>. Die USA können und werden

<sup>39)</sup> Vgl. dazu z. B. K. Kaiser/H.-P. Schwarz (Hrsg.), *Amerika und Westeuropa. Gegenwarts- und Zukunftsprobleme*, Stuttgart—Zürich 1977, sowie W. Hanrieder (Hrsg.), *The United States and Western Europe. Political, Economic and Strategic Perspectives*, Cambridge (Mass.) 1974, sowie E.-O. Czempel u. a. (Hrsg.), *United States Interests and Western Europe: Arms Control, Energy, and Trade*, Frankfurt—New York 1981.

<sup>40)</sup> So Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Interview mit der britischen Zeitung „The Economist“ vom 18. 12. 1982, deutsch abgedruckt in: *Stichworte zur Sicherheitspolitik*, Nr. 1 Januar 1983, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 18.

<sup>41)</sup> „Die Aufrechterhaltung unserer Bündnispartnerschaften ist ein Schlüssel unserer Außenpolitik. Der Grundpfeiler der Sicherheit Europas ist und bleibt das NATO-Bündnis (. . .) Die Freiheit und die Unabhängigkeit der Verbündeten Amerikas sind und bleiben uns so teuer wie die unsrigen.“ US-Präsident Ronald Reagan in einer Rede vor der „American Legion“ am 22. 2. 1983, zit. nach *Amerikadienst (USIS)* vom 2. 3. 1983, S. 7. Ebenso Verteidigungsminister Caspar W. Weinberger, in: *Annual Report to the Congress, Fiscal Year 1984*, U. S. Government Printing Office, Washington (D. C.) 1983, S. 17: „The security of Western Europe is particularly vital to the security of the United States (. . .)“ Zwar läßt sich nach Lawrence S. Eagleburger (Un-

aus Gründen der eigenen Systemerhaltung schon der sich abzeichnenden Möglichkeit des Ausscherens eines westeuropäischen Staates aus den bestehenden Verflechtungszusammenhängen mit Entschiedenheit entgegengetreten, wie der Fall Portugal nach 1974 illustriert. Zugleich entbehrt die amerikanische Politik nicht der Flexibilität, um sich mit Modifikationen, die das Verflechtungssystem insgesamt nicht in Frage stellen, im Einzelfall zu arrangieren, wie der Fall Frankreich seit de Gaulle anzeigt. Der Grad der Anpassungsbereitschaft der USA an von Westeuropa ausgehenden Initiativen zur Umstrukturierung des transatlantischen Verflechtungssystems in Teilbereichen wird dadurch bestimmt, ob und inwieweit die Systemgrenzen zwischen Ost und West nicht verwischt, der Zugang der USA zu den westeuropäischen Gesellschaften und Märkten nicht beschränkt und die Lastenverteilung im Bündnis aus der Sicht der USA nicht verschlechtert werden.

Auf der anderen Seite steht eine einseitige Aufkündigung der Interdependenz mit den USA durch einzelne oder mehrere westeuropäische Staaten realistisch betrachtet, d. h. mit Blick auf die derzeitigen und voraussehbaren innenpolitischen Konstellationen in Westeuropa, nicht zur Debatte. Es bleibt somit zu prüfen, ob eine von den nichtatomaren Staaten Westeuropas ausgehende Initiative zur De-Nuklearisierung und nichtprovokativen Konventionalisierung der westlichen Sicherheitspolitik für Europa mit der amerikanischen Europapolitik vermittelbar erscheint. Durch eine derartige Revision der militärischen Sicherheitspolitik würden objektiv sicherlich weder die Systemgrenzen zwischen Ost und West in Europa verwischt noch der Zugang der USA zu den Gesellschaften und Märkten Westeuropas geschmälert. Allerdings ist zu erwarten, daß Teile der amerikanischen außenpolitischen Entscheidungs- und Einflußeliten ein derartiges Revisionsverlangen zumal aus der Bundesrepublik in dem Sinne überinterpretieren, daß sich darin die Hinwendung zu einer Politik des Neutralismus zwischen Ost und West gepaart mit nationalpolitischen Zielsetzungen eines Unterlaufens des Systemgegensatzes in Deutsch-

land ankündigt. Diese nicht nur in den USA, sondern ebenso auch in Frankreich und in anderen westeuropäischen Ländern anzutreffenden Vorbehalte<sup>42)</sup> gegenüber einer Abkehr von der bisherigen westlichen Sicherheitspolitik für Europa können letztlich nur durch die Europäisierung einer alternativen sicherheitspolitischen Programmatik ausgeräumt werden. Die Europäisierung des Programms für eine auf den Eckwerten der De-Nuklearisierung und der nichtprovokativen Konventionalisierung fußenden militärischen Sicherheitspolitik wirft aber zugleich Fragen nach den Entwicklungsperspektiven der westeuropäischen Integration im allgemeinen und des deutsch-französischen Verhältnisses im besonderen sowie nach der Einfügung eines derartigen Programms in die Weiterentwicklung des Ost-West-Verhältnisses in Europa auf.

### 3. Aussichten einer Europäisierung der westlichen Sicherheitspolitik

1. Eine Europäisierung der westlichen Sicherheitspolitik steht — zurückblickend auf die letzten 20 Jahre — im Einklang mit der seit den Tagen der Regierung Kennedy in den USA wiederholt formulierten Forderung nach Errichtung einer zweiten, europäischen Säule der westlichen Sicherheitspolitik<sup>43)</sup>. Neben anderen Gründen hat auch das Ausbleiben dieser zweiten Säule dazu beigetragen, daß die USA — angesichts des nuklearstrategischen Aufholens der Sowjetunion — dazu übergingen, eine das nukleare Abschreckungsrisiko nach Westeuropa vorverlegende Militärstrategie der NATO zu entwickeln und durchzusetzen. Eine Europäisierung der Sicherheitspolitik mit den Eckwerten der De-Nuklearisierung und nichtprovokativen Konventionalisierung würde die USA gewiß in eine schwierige Entscheidungssituation bringen, da sie von ihr verlangte, ihre land- und luftgestützten Kernwaffen aus Europa abziehen, zumindest einen Teil ihrer konventionellen Streitkräfte zu belassen und diese überdies den neuen sicherheitspolitischen Grundsätzen entsprechend umzurüsten. Den-

<sup>42)</sup> Derartige Befürchtungen lassen sich zahlreich belegen; vgl. zusammenfassend: IHT vom 2. 11. 1983, S. 1/2: A. „Neutral' Germany and French Fears; IHT vom 4. 3. 1983, S. 4: Why the French Are Looking cross the Rhine; New York Times vom 29. 3. 1983, S. 19: „The German Problem“; IHT vom 26. 10. 1983, S. 3: Anti-Missile Demonstrations Reveal Collapse of West German Consensus.

<sup>43)</sup> Vgl. z. B. A. Grosser, Das Bündnis: Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg, München—Wien 1978, S. 282 ff.; M. Gerner, a. a. O. (Anm. 24), S. 100 ff.

dersecretary of State) ein „... shift of the center of gravity of U. S. foreign policy from the transatlantic relationship toward the Pacific basin, and particularly Japan“ feststellen, nichtsdestotrotz gilt aber „For the rest of this century, no matter what else may happen in this world, our security interest in that transatlantic security tie is going to be absolutely essential to the maintenance of peace.“ (Zit. nach International Herald Tribune (IHT) vom 2. 2. 1984, S. 1).

noch erscheint die Herbeiführung eines transatlantischen Konsens über diese Punkte nicht völlig ausgeschlossen: Das vitale militärische Präsenzinteresse der USA schließt die Option eines Totalrückzuges aus; mit diesem Programm werden zwar Veränderungen, aber keine Aufhebung der NATO angestrebt; und schließlich liegen die Eckwerte der De-Nuklearisierung und Konventionalisierung durchaus im Rahmen von Vorstellungen namhafter Experten in den USA über Modifikationen der westlichen Sicherheitspolitik und Militärstrategie <sup>44)</sup>.

2. Mindestens so problematisch wie die Herbeiführung eines transatlantischen Konsens erweist sich die Frage, ob die Europäisierung der Sicherheitspolitik in Westeuropa selbst politisch eine Chance hat. Hinsichtlich ihrer rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen stehen die Vorzeichen so ungünstig nicht. Der Vertrag über die Westeuropäische Union einschließlich der dadurch geschaffenen Institutionen könnten einen geeigneten Rahmen abgeben, in dem auch noch weitere westeuropäische Staaten Platz finden würden. Der Vertrag begründet eine automatische militärische Beistandspflicht im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen der Mitgliedstaaten in Europa und enthält in seinen Protokollen Bestimmungen über eine gemeinsame Beschlußfassung im Bereich von Rüstungspolitik und Rüstungsproduktion. Verfahren einer gemeinsamen Einsatzplanung für residuale nukleare Abschreckungsmittel Frankreichs und Großbritanniens ließen sich prinzipiell in diesen Rahmen einfügen.

Mit einer Belebung der WEU würden auf jeden Fall zwei Fußangeln vermieden, die eine Europäisierung der Sicherheitspolitik zum Stolpern bringen könnten. Zum einen würde der Befürchtung der Boden entzogen, eine Europäisierung der militärischen Sicherheitspolitik impliziere eine Neuauflage des 1954 am Widerstand der französischen Nationalversammlung gescheiterten Projekts einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Zum anderen würde ein Streit darüber vermieden, ob und ggf. in welcher Form der Europäischen Gemeinschaft sicherheitspolitische Funktionen zukommen sollten. Auf diese Weise würden keine Empfindlichkeiten in Frankreich gegenüber Institutionen mit Supranationalitätsattributen geweckt, und die

<sup>44)</sup> Z. B. die bereits erwähnten Vorschläge von McG. Bundy et al., a. a. O. (Anm. 1), der Union of Concerned Scientists, a. a. O. (Anm. 5); in neuester Zeit der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert S. McNamara, *What the U. S. Can Do*, in: *Newsweek* vom 5. 12. 1983, S. 14—18.

Entscheidungsfreiheit der der WEU nicht angehörigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft bliebe unangetastet.

Als entscheidend für die Aussichten einer Belebung der WEU als Rahmen einer Europäisierung der Sicherheitspolitik dürfte sich jedoch erweisen, ob und inwieweit eine Verständigung zwischen den nichtatomaren Staaten und den beiden Atommächten in Westeuropa, insbesondere zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, über die Grundsätze einer europäisierten Sicherheitspolitik möglich erscheinen <sup>45)</sup>. Einerseits scheint die offizielle französische Haltung für eine solche Verständigung über eine europäisierte, an den Eckwerten der De-Nuklearisierung und nichtprovokativen Konventionalisierung orientierten Sicherheitspolitik wenig Raum zu lassen. Tatsächlich verleugnet die französische Politik kaum, daß sie sich mit der Sonderrolle Frankreichs unter dem bestehenden kollektiven NATO-Dach einigermaßen komfortabel fühlt. Andererseits artikulieren französische Politiker und Publizisten aller Lager, ausgenommen das kommunistische, immer wieder Unbehagen über den Mangel an sicherheitspolitischen Gemeinsamkeiten in Westeuropa. Hauptsächlicher Auslöser solchen Unbehagens stellte bislang die nach französischer Auffassung unzureichende rüstungswirtschaftliche Verflechtung in Westeuropa dar, um auch auf diese Weise ein Gegengewicht gegenüber den USA aufzubauen <sup>46)</sup>. Sieht man einmal von der Diskussion über das Konzept der erweiterten Sanktuarisierung Mitte der siebziger Jahre ab, so hat vor allem das Jahr 1983 unter dem Eindruck der Nachrüstungsdebatte und des Erstarkens der Friedensbewegung in der Bundesrepublik (und in der DDR) einen neuerlichen Schub von Stellungnahmen und des öffentlichen Nachdenkens über die Möglichkeiten und Bedingungen einer europäischen Sicherheitspolitik gebracht <sup>47)</sup>. Nach wie vor sind diese Äußerungen von einem tiefen Zwiespalt gekennzeichnet: einerseits die nukleare Autonomie und damit auch den internationalen Sonderstatus Frankreichs wahren zu wollen, andererseits

<sup>45)</sup> Vgl. zum folgenden auch den Artikel von P.-M. de la Gorce, *La France et la défense de l'Europe*, in: *Le Monde diplomatique*, No. 358/Januar 1984, S. 1 und S. 28/29.

<sup>46)</sup> Siehe dazu F. Sirjacques, *Frankreich und die NATO*. Frankfurt—New York 1979, S. 20 ff; Forderungen nach weiterem Ausbau dieser Rüstungskooperation zuletzt von Verteidigungsminister Hernu in seiner Rede vor der Versammlung der WEU am 1. 12. 1983 in Paris (vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 2. 12. 1983, S. 2).

<sup>47)</sup> Vgl. Anm. 19.

die sog. privilegierte Partnerbeziehung mit der Bundesrepublik auch sicherheitspolitisch mit Leben zu erfüllen und der Gefahr eines aus sicherheitspolitischen Frustrationen geborenen Neo-Nationalismus in Deutschland vorzubeugen. Nimmt man hinzu, daß der auch in Frankreich von einer breiten Mehrheit grundsätzlich positiv bewertete westeuropäische Integrationsprozeß allein auf die Europäische Gemeinschaft gestellt in eine Abwärtsspirale zu geraten droht und nur eine Repolitisierung, nicht zuletzt über eine Europäisierung der Sicherheitspolitik, diesem Prozeß neue Impulse zu geben vermag, so liegt der Schluß nahe, daß es genügend Anreize für Teile der politischen Klasse Frankreichs gibt, von der Position der nuklearnationalistischen Intransigenz abzugehen. Diese Flexibilität würde noch zusätzlich gefördert durch die Klarstellung, daß Frankreich den formellen Status einer Nuklearmacht nicht verlieren bzw. ihn nicht mit der Bundesrepublik Deutschland teilen soll.

3. Eine abschließende Betrachtung dieses sicherheitspolitischen Programms für Europa muß der Frage gelten, wie es sich mit dem Streben nach Aufrechterhaltung und Vertiefung der Entspannung im Ost-West-Verhältnis in Europa verträgt. Europäisierung der Sicherheitspolitik dient zwar hier primär zur Bezeichnung einer sich verstärkenden westeuropäischen Identitätsfindung, schließt aber den Gedanken ein, daß die inhaltlichen Prinzipien dieses sicherheitspolitischen Programms auch im östlichen Teil Europas Nachahmung finden könnten und sollten. Diese Erwartung gründet sich mit darauf, daß von der Sowjetunion und den Warschauer Pakt-Staaten in den vergangenen Jahren mindestens drei nicht nur als Propaganda zu bewertende Initiativen ausgingen, die eine Revision der westlichen Sicherheitspolitik erleichtern könnten, ohne jedoch schon ein ausreichendes Maß an Bereitschaft auf sowjetischer Seite zu eigener militärischer Selbstbeschränkung zu dokumentieren. Bei diesen Initiativen handelt es sich

1. um das Angebot, einen Vertrag über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen zu schließen;

2. um die Reaktion auf die schwedische Zirkularnote vom 8. Dezember 1982, in der über den schwedischen Vorschlag hinausgehend eine auf 250—300 km ausgedehnte kernwaffenfreie Zone beiderseits der Ost-West-Grenzen in Zentraleuropa befürwortet wird; und schließlich

3. um die Bereitschaft zum Abschluß eines wechselseitigen Gewaltverzichtsvertrages<sup>48)</sup>.

Damit wird sich indessen eine im hier beschriebenen Sinn erneuerte westliche Sicherheitspolitik für Europa nicht zufrieden geben können, sondern sie wird auf Optionen beschränkende Veränderungen in der Militärstrategie sowie im Umfang und in der Ausrüstung der konventionellen Warschauer Pakt-Streitkräfte in Europa dringen müssen, ohne diese aber zur Voraussetzung für Eigeninitiativen der Selbstbeschränkung zu machen.

In dem Maße, wie das hier skizzierte sicherheitspolitische Programm für Europa in der Wirklichkeit Gestalt annähme, sähe sich die Sowjetunion mit mehr als einem Dilemma konfrontiert: So sehr sie die Minderung von aus ihrer Sicht bedrohlichen militärischen Kapazitäten in Westeuropa begrüßen wird, so wenig Positives wird sie der Herausbildung einer gar institutionell verselbständigten sicherheitspolitischen Identität Westeuropas abgewinnen können.

Politisch gesehen kommt der Sowjetunion zweifellos eine negative Schlüsselrolle zu, insofern ohne eine mit deutlicher Zurückhaltung betriebene konventionelle Rüstungspolitik und ohne eine auf gewaltsame Repression und Intervention in Osteuropa verzichtende Politik der Sowjetunion die Durchsetzungschancen der hier skizzierten alternativen sicherheitspolitischen Programmatik in Westeuropa (und in den USA) deutlich gemindert sein dürften.

Die USA und die Sowjetunion sowie deren globale, systemideologisch überhöhte Hegemoniekonkurrenz bestimmen mit über das Schicksal Europas. Die Zeit drängt, daß die Europäer ihr Schicksal wieder stärker in ihre eigenen Hände nehmen und sich als mächtige Kraft der internationalen Politik etablieren.

<sup>48)</sup> Das Angebot eines Vertrags über den Verzicht auf Ersteinsatz (1.) machte der verstorbene Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in einer Rede anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der Sowjetunion am 21. 12. 1982 (auszugsweise abgedruckt in: Europa-Archiv, 38 (1983) 4, S. D 92-D 96); dieses Angebot wurde in der Deklaration der Warschauer-Pakt-Staaten anlässlich der Tagung ihres Politischen Beratenden Ausschusses in Prag vom 5. 1. 1983 bestätigt und um den Vorschlag eines gegenseitigen Gewaltverzichtsvertrages erweitert (3.) (vgl. Europa-Archiv, 3 (1983) 4, S. D 104-D 116); die unterstützende Reaktion auf die schwedische Zirkularnote vom 8. 12. 1982 über eine nuklearwaffenfreie Zone in Europa (2.) ist einer TASS-Erklärung vom 27. 1. 1983 zu entnehmen (vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik (1983) 3, S. 497—502).

# Deutsch-deutsche Beziehungen und Ost-West-Konflikt

Wie geht es nach dem Stationierungsbeginn nuklearer Mittelstreckenwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik weiter und worauf kommt es in Zukunft im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander an? Die Antwort Honeckers — andere führende Repräsentanten der SED haben sie wiederholt<sup>1)</sup> — auf diese selbstgestellte Frage lautet: „Mit der politischen Entscheidung, die der Bundestag der BRD getroffen hat, indem er grünes Licht für die Stationierung der USA-Raketen gab, nimmt die Regierung Kohl eine schwerwiegende Verantwortung auf sich. Durch diese Entscheidung erleidet... das europäische Vertragssystem, einschließlich des Grundlagenvertrages über die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, ernsthaften Schaden. Wir sind dafür, den Schaden möglichst zu begrenzen... Deshalb werden wir jeden vernünftigen Vorschlag der BRD, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten entsprechend dem Vertragssystem auf ein normales Gleis zu bringen, sorgfältig prüfen, aber alle Angriffe auf die Souveränität der DDR auch künftig konsequent zurückweisen.“<sup>2)</sup>

Diese Stellungnahme des SED-Generalsekretärs ist als Absicht der DDR interpretiert worden, die Gesprächskontakte mit der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten und sie nicht im Klima verschärfter Ost-West-Konfrontation erstarren zu lassen. Tatsächlich belegt der Fortgang der Sachgespräche zu Beginn des Jahres 1984, daß die vielfach beschworene Eiszeit der deutsch-deutschen Beziehungen nicht in dem vorausgesagten Ausmaß eingetreten ist. Welche Motive hat die DDR, den Dialog mit der Bundesrepublik fortzuführen? Handelt und handelte sie aus einem spezifi-

schen Eigeninteresse? War und ist Ost-Berlin ein willfähiges Instrument im westpolitischen Kalkül der Sowjetunion?

Eindeutige und endgültige Antworten lassen sich auf diese Fragen nicht geben. Was jedoch möglich ist, ist die Ambivalenz und die Vielschichtigkeit des Verhaltens der DDR insonderheit gegenüber der Bundesrepublik aufzuzeigen, um so einer vorschnellen Kategorisierung ihrer Politik, bei der Nuancierungen und Veränderungstrends unerkant bleiben, vorzubeugen.

Die vier vergangenen Jahre brachten Entwicklungen und Konflikte im Ost-West-Verhältnis, die die DDR in besonderer Weise berührten und zur Verdeutlichung ihrer spezifischen Interessenlage sowie politischen Prioritäten herausforderten. Die Ereignisse, von denen hier die Rede ist, sind der Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979, die Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan zwei Wochen später, die Entwicklung in Polen seit dem Sommer 1980 und schließlich der Vollzug der vier Jahre zuvor getroffenen Rüstungsentscheidung der NATO. Jedes dieser Ereignisse hat die Ost-West-Beziehungen insgesamt und damit zugleich das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander beeinflußt. Die Reaktion der DDR auf die genannten Konflikte hat innere und äußere Bestimmungsfaktoren ihrer Interessenlage gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erkennen lassen, die über die zurückliegenden Jahre hinauswirken und Aussagen über die gegenwärtigen wie zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten erlauben.

## I. Der Dialog geht weiter

Mit einigem Erstaunen ist registriert worden, daß der Dialog zwischen den beiden deutschen Staaten sowohl den Doppelbeschluß

der NATO als auch die Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan nicht nur nahezu unberührt überstanden hat, sondern zu weiteren Vereinbarungen führte und sich positiv von der allgemeinen Verschlechterung des Ost-West-Klimas abhob. Ilse Spittmann zog nach den ersten vier Monaten des Jahres 1980 das Resümee: „Die internationale Lage war seit langem nicht so ernst, die deutsch-deutschen Beziehungen waren seit langem nicht so gut — dieses Paradoxon könnte als Fazit über

<sup>1)</sup> Vgl. „Zur Auswertung der 7. Tagung des ZK“, in: Neues Deutschland (ND) vom 5. 12. 1983, S. 2, ferner das Interview Honeckers für die französische Wochenzeitschrift *Révolution*, in: ND vom 6. 1. 1984, S. 3/4, sowie die Ausführungen von Egon Krenz auf dem 7. DKP-Parteitag in Nürnberg, in: ND vom 9. 1. 1984, S. 5.

<sup>2)</sup> ND vom 26./27. 11. 1983, S. 3.

einer aktuellen Situationsbeschreibung stehen<sup>3)</sup>). Dieses Erstaunen über die fortdauernde deutsch-deutsche Entspannung war begründet: Die DDR hatte in den Monaten zuvor nicht mit Warnungen gespart, im Falle einer Zustimmung Bonns zum Doppelbeschluß Konsequenzen in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik zu ziehen<sup>4)</sup>.

Bereits am Tage nach der entscheidenden NATO-Ratstagung gab Honecker eine erste Stellungnahme<sup>5)</sup>. Der SED-Generalsekretär betonte das besondere Friedensinteresse der DDR und verwies auf die bedeutenden Ergebnisse des Entspannungsprozesses der siebziger Jahre: „Sie (die DDR) ist und bleibt zur Zusammenarbeit mit jedem bereit, dem daran liegt, die mühevoll erreichten Grundlagen für ein Gebäude der europäischen Sicherheit zu bewahren und darauf weiter aufzubauen.“ Bemerkenswert war jedoch vor allem, daß Honecker an dem im November 1979 vereinbarten Treffen mit Schmidt festhielt und hinzufügte, daß die DDR auch nach dem „Raketendiktat“ für eine Politik der Friedenssicherung und der Beendigung des Wettrüstens „auch gegenüber der BRD“ eintrete.

Diese moderate Reaktion der SED auf den Brüsseler Beschluß der NATO wiederholte sich nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan. Zwar zählte die DDR zu den ersten im Warschauer Pakt, die sich mit den „progressiven Kräften Afghanistans“ unter der Führung Babrak Karmals „solidarisch“ erklärten und Verständnis für die guten Motive, „die die Sowjetunion veranlaßt haben, Afghanistan... entschlossene Hilfe zu erweisen“, bekundeten<sup>6)</sup>. Gleichzeitig ließ sie jedoch ihre Sorge darüber erkennen, daß die „Verschärfung der internationalen Situation“ die Entspannung torpediere und sich „negativ auf die sich so hoffnungsvoll entwickelnden Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auswirken könne“<sup>7)</sup>.

<sup>3)</sup> Vgl. I. Spittmann, Die Angst der Kleinen vor der Eskalation, in: Deutschland Archiv, 13 (1980) 4, S. 337.

<sup>4)</sup> Vgl. Joachim Hermann, in: ND vom 8. 11. 1979, S. 3; auf der 11. Tagung des ZK der SED teilte Honecker mit, er habe am 12. 10. 1979 an Bundeskanzler Schmidt übermittelt, daß eine Verwirklichung der NATO-Pläne sich „zwangsläufig negativ auf die Beziehungen zwischen der DDR und BRD auswirken“ würde, ND vom 14. 12. 1979, S. 3.

<sup>5)</sup> Vgl. ND vom 14. 12. 1979, S. 3f.

<sup>6)</sup> ND vom 29./30. 12. 1979, S. 2.

<sup>7)</sup> ND vom 26./27. 12. 1980, S. 1.

Die ersten neun Monate des Jahres 1980 schienen zu bestätigen, daß die DDR gewillt war, ihren Dialog mit der Bundesrepublik fortzuführen. Diese Feststellung beruht nicht nur auf den programmatischen Aussagen der SED im zeitlichen Umfeld des Doppelbeschlusses und der sowjetischen Invasion in Afghanistan, sondern bezieht sich insbesondere auch auf eine Reihe von Kontakten und Vereinbarungen in der ersten Hälfte des Jahres 1980<sup>8)</sup>. Auf dieses insgesamt positive Bild des deutsch-deutschen Verhältnisses, trotz verschlechterter Supermachtbeziehungen, warf die Absage Honeckers, in die Bundesrepublik zu reisen, nur einen vorübergehenden Schatten.

Doch der DDR ging es nicht nur um einen Dialog mit der Bundesrepublik. „Natürlich sind wir gemeinsam mit unseren Verbündeten bemüht“, beantwortete Honecker im Juli des Jahres eine Frage seines britischen Verlegers Maxwell, „ein Durchschlagen der derzeitigen internationalen Spannungen auf die europäischen Beziehungen zu verhindern“<sup>9)</sup>. Noch auf der Leipziger Herbstmesse 1980 erklärte der SED-Generalsekretär, obwohl kurz zuvor — dieses Mal — Bundeskanzler Schmidt einen geplanten Besuch in die DDR abgesagt hatte, das Interesse seiner Regierung „an der weiteren Normalisierung der Beziehungen“ zur Bundesrepublik und betonte dabei abermals das enge Wechselverhältnis dieser Beziehungen mit der Zukunft des Entspannungsprozesses in Europa. Gleichzeitig verband Honecker damit die Aussicht auf „neue Horizonte für die Zusammenarbeit“ zwischen Ost-Berlin und Bonn<sup>10)</sup>.

<sup>8)</sup> 24. 1. 1980: Vereinbarungen über das Eisenbahn-Südgelände in West-Berlin zwischen der Deutschen Reichsbahn und dem Senat von Berlin; 17. 3. 1980: Vereinbarungen zwischen dem DDR-Verkehrsministerium und dem Berliner Senator für Bau- und Wohnungswesen über Abwässer aus West-Berlin; 11. 3. 1980: Gespräch zwischen Bundesminister Ertl und DDR-Außenhandelsminister Sölle in Leipzig; 17. 4. 1980: Unterredung zwischen Bundeskanzler Schmidt und SED-Politbüromitglied Mittag in Bonn, 30. 4. 1980: Vereinbarung über den Autobahnübergang Wartha/Herleshausen, eine Verbreiterung des Mittellandkanals und den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Helmstedt; 8. 5. 1980: Meinungs austausch zwischen Schmidt und Honecker anläßlich der Beerdigung Titos in Belgrad; 27. 5. 1980: Bundesminister für Forschung und Technologie, Hauff, reist in die DDR und führt Gespräche mit SED-Politbüromitglied Hager und DDR-Minister für Wissenschaft und Technik Herbert Weiz.

<sup>9)</sup> ND vom 5. 6. 1980, S. 1.

<sup>10)</sup> ND vom 1. 9. 1980, S. 4.

Wenige Wochen später verdunkelte sich jedoch dieser Horizont wie schon lange nicht mehr. Mit Wirkung vom 13. Oktober verfügte das DDR-Finanzministerium eine drastische Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher der DDR aus „nicht-sozialistischen Staaten“. Am 14. Oktober veröffentlichte das „Neue Deutschland“ Auszüge aus der Rede Honeckers auf einer Parteiaktivtagung in Gera zu aktuellen innen- und außenpolitischen Fragen, die einer Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten unüberwindbare Hindernisse entgegenzustellen schienen<sup>11)</sup>. In einer seit Jahren ungewohnten Schärfe wurde die Bundesrepublik dafür verantwortlich gemacht, weitergehende Regelungen im Interesse der Bürger beider deutscher Staaten zu verhindern. Nahezu ultimativ forderte Honecker die „Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR“, „die Auflösung der sogenannten ‚Zentralen Erfassungsstelle‘ Salzgitter“, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen der DDR und der Bundesrepublik in Botschaften und schließlich eine „Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe entsprechend dem internationalen Recht“.

Wer die Forderungen von Gera als Vorbedingungen für den weiteren Dialog sah, konnte für die Zukunft der deutsch-deutschen Beziehungen kaum Hoffnungen hegen. Doch schon auf der 13. Tagung des ZK der SED im Dezember 1980 nahm Günter Mittag auf die Ausführungen Honeckers vom Oktober zwar mehrfach Bezug, ohne allerdings den Vierpunktekatalog im einzelnen zu wiederholen. Statt dessen legte er den Akzent auf die Bereitschaft der DDR, sich in den Beziehungen zur Bundesrepublik „weiterhin“ von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz leiten zu lassen, wenn Bonn „von der Existenz zweier souveräner, voneinander unabhängiger Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ ausgehe<sup>12)</sup>. Noch deutlicher als Mittag wies einige Zeit später Honecker „Vorbedingungen für Gespräche, die dazu beitragen sollen, im Interesse des Friedens Spannungen abzubauen und die Beziehungen zwischen den Staaten zu normalisieren“, ausdrücklich zurück<sup>13)</sup>. Auch in einem Interview Honeckers mit dem Zentralorgan der französischen KP „l'Humanité“ erscheinen die Forderungen von Gera nur als langfristiges Ziel, nicht je-

doch als Voraussetzung für eine weitere Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik<sup>14)</sup>.

Obwohl die DDR in allen Verlautbarungen den „Imperialismus“ und den Rüstungskurs der NATO für die internationalen Spannungen verantwortlich machte und insbesondere Honecker immer wieder den Zusammenhang zwischen der Politik Bonns in der westlichen Allianz und weiteren Fortschritten in den deutsch-deutschen Beziehungen herausstellte, verdichtete sich in den ersten Monaten des Jahres 1981 der Eindruck, daß die DDR nach Anknüpfungspunkten für eine Aktivierung des Dialogs mit der Bundesrepublik suchte. In seiner Grußansprache an den 26. Parteitag der KPdSU unterstrich Honecker die Bereitschaft der DDR zu „gutnachbarliche(n) Beziehungen zu Ländern mit anderer sozialer Ordnung, einschließlich zur BRD“<sup>15)</sup> und befand sich darin offensichtlich in Übereinstimmung mit Moskau<sup>16)</sup>.

Der X. Parteitag der SED im April 1981 bestätigte die grundsätzliche Dialogbereitschaft der DDR und verdeutlichte die deutschlandpolitischen Positionen Ost-Berlins. Prononcierter als zuvor verknüpfte jedoch Honecker im Rechenschaftsbericht des Politbüros die Zukunft der deutsch-deutschen Beziehungen mit der Rüstungsentwicklung im Westen. „Wer“, so führte er aus, „die NATO-Hochrüstung vorantreibt, wer mit neuen Atomraketen das militärisch-strategische Gleichgewicht in Europa antastet, der schafft Tatbestände, die gegen die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wirken und Erreichtes gefährden.“<sup>17)</sup>

Bis zum Sommer 1981 befand sich das deutsch-deutsche Verhältnis in einer Schwebelage. Es war weder endgültig blockiert noch gab es konkrete Anzeichen für substantielle Fortschritte. In dieser Situation fand eine Formulierung Beachtung, die Bewegungsmöglichkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten zu signalisieren schien. In der Berichterstattung über das jährliche Treffen Honeckers mit dem Generalsekretär der KPdSU auf der Krim hieß es: „Die Gesprächspartner

<sup>14)</sup> ND vom 14./15. 2. 1981, S. 4.

<sup>15)</sup> ND vom 24. 2. 1981, S. 1.

<sup>16)</sup> Vgl. Rechenschaftsbericht Breschnews an den XXVI. Parteitag der KPdSU, ebd. S. 5.

<sup>17)</sup> Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1981, Bd. 1, S. 47.

<sup>11)</sup> ND vom 14. 10. 1980, S. 3—5.

<sup>12)</sup> ND vom 12. 12. 1980, S. 3.

<sup>13)</sup> Vgl. Honecker-Interview mit Robert Maxwell, in: ND vom 13. 2. 1981, S. 3.

sind der Meinung, daß in der gegenwärtigen komplizierten Situation breiter internationaler Austausch sowie rege politische Kontakte zwischen Staatsmännern von Ländern mit unterschiedlichen Systemen besonders wertvoll und notwendig sind.<sup>18)</sup> Auf der Leipziger Herbstmesse wurde diese Meldung wiederholt aufgegriffen und veranlaßte Honecker schließlich zu der Feststellung: „Selbstverständlich gilt das auch für ein Treffen mit Herrn Schmidt.“<sup>19)</sup>

Das Treffen fand vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR statt, ohne unmittelbar zu Vereinbarungen — sieht man von der Anfang 1982 bekanntgegebenen Verlängerung der Swingregelung bis zum Juni des Jahres ab — und Konzessionen in Punkten der jeweiligen Wunschkataloge zu führen. Das Drängen Bonns auf eine Reduzierung des Pflichtumtausches bei Reisen in die DDR blieb ebenso ergebnislos wie Ost-Berlins Vorstöße in der Staatsbürgerschaftsfrage und der übrigen Forderungen von Gera. Während das Kommuniqué die breite Palette bilateraler Probleme auch in heiklen humanitären Bereichen auflistete, bemühte sich die DDR vor allem darum, die Bedeutung des Treffens für den Frieden sowie den Fortgang der Abrüstung und Zusammenarbeit in Europa herauszustreichen. So befaßte sich Honecker in einem Interview für das Neue Deutschland wenige Tage nach Abschluß des Besuches vorrangig mit Fragen der Ost-West-Spannungen und Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er versäumte es nicht, die Warnung zu wiederholen, daß eine Stationierung neuer Nuklearwaffen in der Bundesrepublik „sich auch auf die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auswirken würde“. Darüber hinaus, so als gelte es durch das Kommuniqué geweckte Hoffnungen zu dämpfen, erinnerte er an die Forderungen von Gera, unterstrich aber zugleich das Interesse der DDR an einem weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen und verwies auf die Möglichkeit, praktische Fragen zu lösen, „an denen die andere Seite Interesse hat“<sup>20)</sup>.

Der Verlauf des Jahres 1982 zeigte, ohne für die deutsch-deutschen Beziehungen neue Perspektiven zu eröffnen, daß der SED daran gelegen war, die durch die Gespräche mit Helmut Schmidt am Werbellinsee geschaffene Atmosphäre zu bewahren und auch nach der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen nicht neu zu belasten. So begrüßte Honecker die Haltung der Bundesregierung, sich an

<sup>18)</sup> ND vom 4. 8. 1981, S. 1.

<sup>19)</sup> ND vom 7. 9. 1981, S. 4.

<sup>20)</sup> ND vom 16. 12. 1981, S. 2.

amerikanischen Sanktionsmaßnahmen gegen Polen nicht zu beteiligen und nahm mit Interesse die Bemühungen Bonns zur Kenntnis, „in Verbindung mit einer partnerschaftlichen Haltung in der Friedensfrage auch mehr Normalität in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu ermöglichen“<sup>21)</sup>. Immerhin erweiterte die DDR mit Wirkung vom 15. Februar die Reisemöglichkeiten in dringenden Familienangelegenheiten<sup>22)</sup>; zu einer Verringerung des Pflichtumtausches bzw. zur Gewährung eines „Sozialrabatts“ für Kinder und Rentner fand sich Ost-Berlin allerdings nicht bereit, obwohl Bonn auf den „politisch-psychologischen“ Zusammenhang gerade dieses Problems mit einer Neufestsetzung des Überziehungskredits mehrfach hingewiesen hatte. Im Juni und September gewährte die DDR einige weitere humanitäre Erleichterungen. Ferner wurden in bilateralen Vereinbarungen bestehende Regelungen fortgeführt bzw. ergänzt<sup>23)</sup>. Darüber hinaus gab es anläßlich eines Gesprächs zwischen Honecker und Wischnewski — nicht ohne daß der SED-Generalsekretär zum wiederholten Male auf den Zusammenhang zwischen „gutnachbarlichen Beziehungen“ und einer Stationierung amerikanischer Nuklearwaffen aufmerksam machte<sup>24)</sup> — die Verabredung, die blockierten Verhandlungen über ein Kulturabkommen wieder aufzunehmen und dabei die umstrittene Frage des „Preußischen Kulturbesitzes“ auszuklammern<sup>25)</sup>.

Der Regierungswechsel in Bonn im September 1982 veränderte diesen Stand der deutsch-deutschen Beziehungen nicht. Honecker bekräftigte in einer ersten Reaktion

<sup>21)</sup> ND vom 13./14. 2. 1982, S. 1.

<sup>22)</sup> Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 9 (17. 3. 1982).

<sup>23)</sup> 1. Der Swing wird bis 1985 von 850 Mio. auf 600 Mio. Verrechnungseinheiten zurückgeführt; 2. die DDR verpflichtet sich, für die Jahre bis 1985 im nichtkommerziellen Zahlungs- und Verrechnungsverkehr jährlich 60 Mio. DM zur Verfügung zu stellen; 3. im Norden Berlins wird die Grenzübergangsstelle Stolpe-Dorf für Fußgänger geöffnet; 4. die DDR erkennt allen, die vor dem 1. 1. 1981 die DDR illegal verlassen haben, die Staatsbürgerschaft ab und ermöglicht damit diesem Personenkreis einen zumindest theoretisch gefahrlosen Besuch der DDR; 5. West-Berlinern wird der Tagesaufenthalt in Ost-Berlin und der DDR bis 2 Uhr nachts verlängert. Diese Vereinbarungen sind abgedruckt in: Deutschland-Archiv, 15 (1982), 8, S. 889 ff.

Im September folgte eine Regelung zur Reinhaltung Berliner Gewässer, vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 89 (29. 9. 1982), S. 814 f.

<sup>24)</sup> Vgl. Außenpolitische Korrespondenz, Nr. 38 (1982), S. 307.

<sup>25)</sup> Vgl. Information des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Nr. 18 (1982), S. 5.

auf die Regierungserklärung vom 13. Oktober, daß für die Politik der DDR die Existenz zweier souveräner, voneinander unabhängiger Staaten bestimmend sei<sup>26)</sup> und setzte im übrigen auf Kontinuität. Die Ausstellungen „Stadt Park — Park Stadt“ in Magdeburg und über Schinkel in Hamburg, die Gespräche der Bundesminister Schneider und Dollinger mit ihren DDR-Kollegen sowie schließlich die Begegnung von Bundespräsident Carstens mit Honecker anlässlich der Beisetzung Breschnews belegten eine beiderseitige Dialogbereitschaft. „Wichtig ist“, so Honecker auf der 5. Tagung des ZK der SED im November 1982, „daß die Politik Bonns entsprechend den abgeschlossenen Verträgen dazu beiträgt, der Verschärfung der internationalen Lage entgegenzuwirken und die Beziehungen mit der DDR von allem Ballast freizuhalten, der Fortschritte in diesen Beziehungen behindert.“<sup>27)</sup>

Bis zu den Bundestagswahlen am 6. März 1983 prägte dann jedoch Zurückhaltung, aber auch zunehmende Sorge über den künftigen deutschlandpolitischen Kurs einer von der CDU/CSU geführten Bundesregierung die Haltung der DDR<sup>28)</sup>. Eine erste offizielle Stellungnahme Ost-Berlins zu der durch die Wahlen bestätigten Regierungskoalition in Bonn waren die Ausführungen Honeckers auf der Leipziger Frühjahrsmesse. Honecker griff dabei eine Formulierung Kohls und der CDU auf und sprach davon, daß beide deutschen Staaten viel tun könnten, um „mit immer weniger Waffen Frieden (zu) schaffen“. Gleichzeitig bestätigte er seine Absicht, 1983 die Bundesrepublik zu besuchen, und fügte hinzu: „Über verschiedene Dinge könne man sich streiten, aber uns scheint es besser zu sein, auf den Gebieten zusammenzuwirken, wo die Möglichkeit der Zusammenarbeit gegeben ist“<sup>29)</sup> — ein erneutes Signal für eine sachbezogene Dialogbereitschaft der DDR, das Günter Mittag in seinen Gesprächen in Bonn wiederholte.

### III. Die DDR — ein Instrument sowjetischer Westpolitik?

Die Kommunikation zwischen den beiden deutschen Staaten ist seit dem NATO-Dop-

Am 10. April starb der Transitreisende Burkert. Sein Tod veranlaßte insbesondere die CSU zu vehementen Attacken auf die DDR und gab der innenpolitischen Diskussion über eine deutschlandpolitische „Wende“ neuen Auftrieb. Unter ausdrücklichem Hinweis darauf ließ Honecker seinen Besuch der Bundesrepublik 1983 absagen. In einem anschließenden als offiziöse Stellungnahme der SED zu wertenden Kommentar im Neuen Deutschland wurden die Voraussetzungen für einen deutsch-deutschen Normalisierungsprozeß noch einmal in aller Deutlichkeit zusammengefaßt<sup>30)</sup>. Er erinnerte an die Forderungen von Gera, warnte vor einer deutschlandpolitischen Wende und unterstrich die negativen Konsequenzen für die zwischenstaatlichen Beziehungen, die mit einer Stationierung amerikanischer Nuklearraketen verbunden wären. Doch auch dieser Kommentar ließ die Tür zu deutsch-deutschen Beziehungen auf der „Basis der abgeschlossenen Verträge“ und der Prinzipien der „friedlichen Koexistenz“ geöffnet. „Aufgeschoben bedeutet nicht aufgehoben“, lautete dementsprechend wenig später die Antwort Honeckers auf die Frage nach seinem Besuch in der Bundesrepublik<sup>31)</sup>.

In diesem eher perspektivlosen Zustand der deutsch-deutschen Beziehungen war die Bürgschaft der Bundesregierung für einen Bankenkredit an die DDR in Höhe von einer Milliarde D-Mark ebenso überraschend wie das Ende Juli 1983 stattfindende Gespräch zwischen Honecker und Strauß. Nachdem schon zuvor Oppositionsführer Vogel mit Honecker zusammengetroffen war, folgten im weiteren Verlauf des Jahres auf den unterschiedlichsten Ebenen eine Vielzahl deutsch-deutscher Gespräche, bei denen ein breites Spektrum bilateraler Probleme sowie europäischer Sicherheitsfragen erörtert wurden. Dieser Dialog geht — weniger spektakulär — nach dem Stationierungsbeschluß des Bundestages weiter.

<sup>26)</sup> Vgl. Außenpolitische Korrespondenz, Nr. 42 (22. 10. 1982), S. 339.

<sup>27)</sup> Vgl. dazu das Schlußwort Honeckers auf der 5. Tagung des ZK der SED, in: ND vom 27./28. 11. 1982, S. 3.

<sup>28)</sup> „SPD-Abgeordneter sieht Änderung der Ostpolitik der Bundesregierung“, in: ND vom 17. 1. 1983, S. 2, und „Kohl fällt aus der Rolle“, in: ND vom 3. 3. 1983, S. 2.

<sup>29)</sup> ND vom 14. 3. 1983, S. 5.

<sup>30)</sup> ND vom 3. 5. 1983, S. 2.

<sup>31)</sup> ND vom 24. 5. 1983, S. 2.

schenschritte auszuschließen. Dieses Resümee ist weitgehend unbestritten. Umstritten sind hingegen die Antworten auf die eingangs gestellten Fragen, die die Entwicklung seit 1980 begleiten.

Ein häufig anzutreffendes westliches Erklärungsmuster der DDR-Außenpolitik besagt, sie sei „ein Ergebnis und ein Instrument sowjetischer Außenpolitik“ und bewege sich „im Schlepptau Moskaus“<sup>32)</sup>. Demnach diene auch der Fortgang des deutsch-deutschen Dialogs nach den Ereignissen zum Jahresende 1979 in erster Linie sowjetischen Zielen, die so zu bestimmen seien: Moskau habe ein dauerhaftes Interesse daran, die politischen Spannungen zwischen den USA und Westeuropa zu verstärken. Darauf zielten sowjetische Entspannungs- und Kooperationsangebote an die westeuropäischen Staaten bei gleichzeitig unversöhnlicher Frontstellung gegenüber den USA. Voraussetzung dieser Politik sei es, sich Einflußmöglichkeiten zu schaffen, die den Westeuropäern den Wert friedlicher Koexistenzbeziehungen mit der Sowjetunion demonstrieren, um sie langfristig aus ihrer atlantischen Verankerung herauszulösen. In dieser der Sowjetunion zugeschriebenen Zielsetzung wird der DDR eine besondere Funktion zugewiesen. Sie habe als einziger Staat des Warschauer Pakts mit der Bundesrepublik ein Gegenüber, dem aufgrund seiner deutschlandpolitischen Interessen an einem Dialog mit der DDR in besonderer Weise gelegen sei. Aufgabe der DDR sei es deshalb, Entspannungssignale zu senden und sie bei Bedarf mit der Forderung nach politischem Wohlverhalten zu verbinden.

Ob dieses Bild sowjetischer Westpolitik, in das die DDR fest eingefügt ist, zutrifft, kann dahingestellt bleiben. Die Frage ist vielmehr, ob die Dialogbereitschaft der DDR mit der Bundesrepublik ausschließlich als Unterordnung unter sowjetische Ziele erklärt werden kann und ob die Politik Ost-Berlins unter dieser Prämisse steht.

Zumindest zu Beginn des Jahres 1980 war erkennbar, daß die DDR zur gleichen Zeit, in der die Sowjetunion die Bundesrepublik scharf attackierte, ihre Sorge über eine mögliche Belastung der deutsch-deutschen Beziehungen hervorhob<sup>33)</sup>. Auch die Form, in der die DDR die Absage des für 1980 verabredeten Treffens zwischen Schmidt und Honecker bekanntgab, signalisierte sowohl gegenüber

der eigenen Bevölkerung als auch der Bundesregierung, daß sich die SED zwar den Wünschen ihrer Vormacht hatte beugen müssen, gleichzeitig aber an einer Kontinuität der deutsch-deutschen Gesprächskontakte und einem Klima der Entspannung interessiert blieb. Diese These erklärt, warum die SED den außergewöhnlichen Weg einer ADN-Meldung wählte, um in den Worten des Regierungssprechers der Bundesregierung mitzuteilen, die Verschiebung des Termins sei „in der gegenwärtigen Phase der angespannten Ost-West-Beziehungen von der DDR-Seite ausgegangen“<sup>34)</sup>.

Auch wenn man die Besuchsabsage als Bestätigung für den engen und jederzeit von Moskau kontrollierten Handlungsspielraum der DDR nimmt, bleibt folgende Überlegung bedenkenswert: Eine Instrumentierung der DDR im westpolitischen Interesse der Sowjetunion setzt die potentielle Wirksamkeit des eingesetzten Instruments voraus. Eine DDR, die bedingungslos als verlängerter Arm Moskaus handelt, würde diese Erwartung nicht erfüllen. Wenn hingegen die Sowjetunion einem spezifischen Eigeninteresse der DDR — über dieses wird im weiteren Verlauf noch zu reden sein — den notwendigen Bewegungsraum zu seiner Realisierung einräumt, läßt sich die Westpolitik beider Staaten wirkungsvoll verbinden. Aus der wechselseitigen Verflechtung der westpolitischen Ziele der Sowjetunion und der DDR resultiert dann jedoch nicht notwendigerweise nur ein Element der Abhängigkeit Ost-Berlins von Moskau. Vielmehr sind die Spezifika der Beziehungen der DDR zur Bundesrepublik ebenso wie das deutschlandpolitische Interesse Bonns Vorbedingungen, die eine Instrumentierung der DDR im westpolitischen Kalkül der Sowjetunion erst ermöglichen und damit gleichzeitig die Verhandlungsposition Ost-Berlins gegenüber Moskau — aber auch gegenüber Bonn — begünstigen.

Welche Aussichten hatte die DDR, spezifische deutschland- und entspannungspolitische Anliegen bei einer verschärften Ost-West-Konfrontation weiterzuverfolgen? Die DDR war sich jederzeit der Abhängigkeit ihrer Außenpolitik vom Verhältnis der beiden Supermächte zueinander bewußt. Auf die Frage des Verlegers Maxwell nach den Chancen, „den Dialog zwischen den beiden deutschen Staaten von der weltpolitischen Krise abzukoppeln“, gab Honecker eine zwar nur indirekte, aber in ihrer Substanz verneinende Antwort. Es gehe nicht um ein „Abkoppeln,

<sup>32)</sup> Vgl. J. Nawrocki, Im Schlepptau Moskaus. Eine eigene Außenpolitik kann die DDR nicht führen, in: Die Zeit, Nr. 7 (8. 2. 1980), S. 5.

<sup>33)</sup> Vgl. A. Stent, The USSR and Germany, in: Problems of Communism, 30 (1981) 5, S. 6f.

<sup>34)</sup> ND vom 31. 1. 1980, S. 1.

sondern um die Entschärfung der internationalen Situation<sup>35)</sup>. Deutlicher äußerte sich Honecker auf dem X. Parteitag der SED im April 1981: „Auch wir träumen nicht von der Möglichkeit, gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, einem der stärksten NATO-Staaten, unterhalten zu können, wenn sich die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR durch eine unberechenbare, auf Konfrontation zielende Politik der USA verschärfen.“<sup>36)</sup>

Für einen entspannungspolitischen Alleingang fehlten und fehlen der DDR also alle Voraussetzungen. Andererseits war sie — und das war zu Beginn des Jahres 1980 in besonderer Weise sichtbar und fand in den nachfolgenden Jahren seine Bestätigung — daran interessiert, den Stand ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik, wie er sich in den Jahren der Entspannung entwickelt hatte, zu bewahren. Angesichts dieser Interessenlage und einer realistischen Einschätzung ihres Handlungsspielraums mußte der DDR daran gelegen sein, ihre Deutschlandpolitik möglichst nahtlos mit der Westpolitik der Sowjetunion zu verknüpfen. Was sich als eine Unterordnung unter die Politik Moskaus darstellt, erweist sich so in Wirklichkeit als eine weitgehende Identität der Interessen und Übereinstimmung über den eingeschlagenen Weg.

Diese Verzahnung der Deutschlandpolitik der SED mit den eigenen sowie den sicherheitspolitischen Zielen Moskaus ist nicht erst zu Beginn dieses Jahrzehnts eingeleitet worden. Sie setzte vielmehr eine Entwicklung fort, die bereits in der ersten Hälfte der siebziger Jahre begann<sup>37)</sup>. Mit dem Doppelbeschluß der NATO war jedoch ein Element in die Ost-West-Beziehungen eingebracht worden, das sich als Schnittpunkt zwischen der Deutschlandpolitik der SED und der von Moskau dominierten Sicherheitspolitik des Bündnisses in besonderer Weise anbot. Dementsprechend nahmen im Laufe der Jahre — zunächst in noch recht allgemeiner Form —

<sup>35)</sup> ND vom 5./6. 7. 1980, S. 1.

<sup>36)</sup> Vgl. Protokoll der Verhandlungen . . . , a. a. O. (Anm. 17), S. 46. Vgl. dazu auch Honeckers zweites Interview mit R. Maxwell, in: ND vom 13. 2. 1981, S. 3; sowie Honeckers Ausführungen auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Berlin, ND vom 16. 2. 1981, S. 3.

<sup>37)</sup> Vgl. J. Kuppe, Zur Wechselwirkung von Deutschlandpolitik und Sicherheitspolitik der SED, in: Der X. Parteitag der SED, 35 Jahre SED-Politik. Versuch einer Bilanz. 14. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland vom 9. bis 12. Juni 1981, in: Edition Deutschland Archiv, Köln 1982, S. 131.

Zahl und Deutlichkeit der Aussagen zu, in denen die Zukunft der deutsch-deutschen Beziehungen mit der Entscheidung Bonns über eine Stationierung verbunden wurde.

Doch auch dieser Versuch der DDR, den deutsch-deutschen Dialog vom sicherheitspolitischen Wohlverhalten der Bundesrepublik abhängig zu machen und damit auf die Rüstungsdiskussion und die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Einfluß zu nehmen, belegt die These von der Deutschlandpolitik der DDR als einem Instrument Moskaus nur bedingt. Die erklärte Absicht der Sowjetunion, vermeintliche Verschiebungen im europäischen Kräftegleichgewicht nicht zuzulassen und mit Gegenmaßnahmen zu beantworten, berührte und berührt in dem Maße das Interesse der DDR, wie Modernisierungspläne für taktische Nuklearwaffen auch ihr Staatsgebiet einbezogen. Nur wenn es Ost-Berlin gelingen würde, den Stationierungsbeschluß der NATO zu verhindern, würden der DDR Argumente gegen eine weitere Nuklearisierung ihres Territoriums zuwachsen. Insofern war und ist die Kampagne gegen eine „Nachrüstung“ durchaus ein ureigenstes Anliegen Ost-Berlins. Ob und inwieweit die Bereitschaft der SED, den schwedischen Vorschlag für eine nuklearwaffenfreie Zone nicht nur zustimmend aufzugreifen, sondern auf das ganze Gebiet der DDR auszudehnen, in diesem Zusammenhang gesehen werden muß und nicht nur ein geschickter propagandistischer Schachzug war, muß dahingestellt bleiben. Immerhin ist eine abschließende eindeutige Antwort auf diese Frage wohl kaum möglich.

Auch die folgende Überlegung spricht für ein ambivalentes Verhalten der DDR und gegen eine monokausale Interpretation der Deutschlandpolitik der SED in den zurückliegenden vier Jahren: Ost-Berlin hat zu keinem Zeitpunkt seine Dialogbereitschaft so unmittelbar mit der Erfüllung sicherheitspolitischer Forderungen verknüpft, daß ein Abbruch deutsch-deutscher Beziehungen nach einer beginnenden Stationierung unausweichlich geworden wäre. Bei allen warnenden Untertönen, daß das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten nicht von der Rüstungspolitik der NATO zu trennen sei, blieben die Formulierungen flexibel genug, um eine pragmatische Kooperation ohne Gesichtsverlust auch nach der Abstimmung des Bundestages fortführen zu können. Nicht zuletzt diese Beobachtung lenkt das Augenmerk auf die Interessen der DDR, die über die engere Sicherheitsproblematik hinausgehen.

## IV. Modus vivendi versus Beziehungen friedlicher Koexistenz

Der Grundlagenvertrag gab der DDR zwar das internationale Parkett als formal gleichberechtigtes Mitglied der Staatengemeinschaft frei, doch an der Weigerung Bonns, die Schwelle zu einer uneingeschränkten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zu überschreiten und den anderen deutschen Staat als Ausland zu behandeln, hatte er nichts geändert. Nach wie vor ist der Grundkonflikt über die Art der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR nicht ausgeräumt. Für Bonn schuf der Vertrag von 1972 die Bedingungen für einen Modus vivendi; für Ost-Berlin besiegelte er den Status quo und legte den Grundstein für die Beziehungen auf der Basis „friedlicher Koexistenz“.

Aus der Sicht des Jahres 1972 war der Grundlagenvertrag und die mit ihm verbundene internationale Aufwertung der DDR für die SED zweifellos ein Erfolg. Es war jedoch nicht zu erwarten, daß sich Ost-Berlin auf Dauer mit dem Erreichten begnügen würde. Wenn man davon ausgeht, daß die SED-Führung in den zurückliegenden Jahren mit einem entspannungspolitischen Kurs gewiß nicht deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten betonen wollte, die den gesamtnationalen Ansprüchen der Bundesrepublik Vorschub leisten, dann bleibt für die Politik der DDR das folgende Motiv bestimmend: die völkerrechtliche Aufwertung auch im Verhältnis zur Bundesrepublik. Damit stand und steht Ost-Berlin immer wieder vor der Entscheidung, unter welchen politischen Rahmenbedingungen ein Abbau der Statusdefizite in den Beziehungen zu Bonn am aussichtsreichsten erscheint: in einem Klima verschärfter Ost-West-Konfrontation oder im Zuge eines fortdauernden Entspannungsprozesses, der das Verhältnis zur Bundesrepublik einschließt.

Überblickt man die Vorteile, die die DDR in der Periode der Entspannung sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht verbuchen konnte<sup>38)</sup>, dann ist es einsichtig, daß der DDR an einer umfassenden Konfrontation in der Folge der Ost-West-Krisen der vergangenen Jahre ebensowenig gelegen sein konnte wie an einer Politik allseitiger Abgrenzung. Der Prozeß der Entspannung seit den ausgehenden sechziger Jahren war für die DDR Gefährdung und Chance zugleich.

<sup>38)</sup> Vgl. dazu A. J. McAdams, *Surviving the Missiles: The GDR and the Future of Inter-German Relations*, in: *Orbis*, 27 (1983) 2, S. 343ff.

Gefahren — vor allem für die innere Stabilität — ergaben sich aus der größeren — wenn auch weitgehend einseitigen — Durchlässigkeit der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten. Mit Hilfe von Abgrenzungsmaßnahmen gelang es der DDR jedoch, das Maß unerwünschter Folgewirkungen unter Kontrolle zu halten. Die hier erreichten Erfolge der SED sind offensichtlich, und sie werden auch nicht durch die Aktivität einzelner Friedensgruppen in der DDR ernsthaft in Frage gestellt. Die DDR ist heute zweifellos einer der stabilsten Staaten des Warschauer Pakts. Sie hat sich ohne nachhaltige Störungen des Herrschaftsanspruchs der SED in den Entspannungsprozeß einzuordnen vermocht und ist seit Mitte der siebziger Jahre dazu übergegangen, ihre Vorteile im Interesse einer weiteren Aufwertung der DDR zu nutzen.

Aus dieser Bewertung folgt, daß die Statusforderungen der DDR als der offensive Versuch zu werten sind, die im Grundlagenvertrag fixierten Bedingungen deutsch-deutscher Beziehungen zu überwinden. Es spricht für eine realistische Einschätzung der Erfolgsaussichten dieser Politik, wenn die SED-Führung davon ausgeht, daß der Schlüssel, mit dem die im Nationsverständnis der Bundesrepublik zusammengefaßten und von ihm abgeleiteten Rechtsvorbehalte aufgehoben werden können, letztlich in Bonn liegt und allenfalls durch eine Politik des Dialogs und nicht der Dialogverweigerung erreichbar ist. Dementsprechend setzt die DDR auf eine Politik, die durch Kommunikation Normalität (im Sinne friedlicher Koexistenzbeziehungen) auch im Verhältnis beider deutscher Staaten zueinander herzustellen und zu bewahren versucht. Sie wird darin wohl nicht zuletzt durch den Sachverhalt bestärkt, daß Kontakte im zwischenmenschlichen Bereich zwischen den beiden deutschen Staaten Teil des Anspruchskataloges der DDR-Bürger geworden sind und nur unter dem Risiko innerer Motivationsverluste zurückgenommen werden können. „Normale“ deutsch-deutsche Beziehungen sind, unabhängig davon, welche Koalition in Bonn regiert, ein konstantes Ziel der DDR-Deutschlandpolitik. Einen Widerspruch zwischen den heftigen Attacken der DDR gegen alle Versuche, die deutsche Frage offenzuhalten und einer pragmatischen Kooperations- und Dialogbereitschaft Ost-Berlins läßt es jedenfalls nicht zu.

Welches Gewicht hatten und haben angesichts des zuvor angesprochenen DDR-Interesses und der Möglichkeiten zu seiner Realisierung die Forderungen von Gera? Waren sie — getragen von der Hoffnung auf einen schnellen Erfolg — der Versuch, einen Durchbruch zu erzwingen? Eine Bestimmung der Motive und des Stellenwerts der deutschlandpolitischen Aussage von Gera ist für eine Analyse der Orientierungsfaktoren der Deutschlandpolitik der DDR sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft von wesentlicher Bedeutung.

Bis zum Oktober 1980 hatte die DDR immer wieder erkennen lassen, daß ihr an einer „Teilbarkeit der Entspannung“ in besonderer Weise gelegen war. Dieser Eindruck war es, der die am 8. Oktober 1980 erlassene Anordnung über die Erhöhung eines „verbindlichen Mindestumtausches“ und die Rede in Gera als einen Überraschungsschlag erscheinen ließ, der die deutsch-deutschen Kontakte abrupt zu beenden und nachhaltig zu belasten schien. Das verschärfte Ost-West-Klima hatte zumindest auf den ersten Blick nun auch die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik erreicht.

Was löste in Ost-Berlin diesen Kälteeinbruch gegenüber Bonn aus? Widerlegt er die These, daß die DDR ihre Interessen in einem Klima der Entspannung besser aufgehoben glaubte als in konfliktträchtigen Ost-West-Beziehungen? Westliche Beobachter haben vor allem drei Interpretationsvarianten diskutiert. Da steht zunächst die Vermutung, die Sowjetunion habe der DDR „eine Verlangsamung des innerdeutschen Normalisierungstempos“ auferlegt neben der Annahme, der „deutschlandpolitische Rückschlag .. (sei) aufgrund eines originären sicherheitspolitischen Kalküls der SED-Führung“ angesichts des Erosionsprozesses in Polen erfolgt. Eine dritte Interpretation argumentiert, Honecker habe mit seiner Rede in Gera die Deutschlandpolitik verstärkt in den Dienst sicherheitspolitischer Ziele des Warschauer Pakts gestellt und den Fortgang des deutsch-deutschen Dialogs vom Verhalten der Bundesrepublik in der Nachrüstungsdebatte abhängig gemacht<sup>39)</sup>.

Für eine direkte sowjetische Einflußnahme, analog zum Vorgang der Besuchsabsage vom Januar 1980, bietet die Rede von Gera keinen Hinweis. Wenn man davon ausgeht, daß der Sowjetunion an einem Fortgang der deutsch-

deutschen Beziehungen gelegen war, um sie als Köder im Poker um eine Verhinderung des Nachrüstungsbeschlusses einzubringen, dann ist es höchst unwahrscheinlich, daß Moskau der Initiator von Gera war<sup>40)</sup>. Ein Interesse der Sowjetunion, den Dialog zwischen den beiden deutschen Staaten zumindest vorübergehend zu blockieren, könnte allenfalls darin bestanden haben, angesichts der Vorgänge in Polen keine zusätzlichen Experimente an der Westgrenze ihres Einflußbereiches zuzulassen. Einen deutlichen Beleg gibt es für diese Annahme jedoch nicht.

Dennoch war Polen das ausschlaggebende Moment für Gera; doch die Entscheidung darüber fiel nicht in Moskau, sondern in Ost-Berlin. Diese These besagt nicht, daß die SED-Führung eine unmittelbare Ansteckungsgefahr befürchten mußte. Anzeichen für ein Überspringen des „polnischen Funkens“ auf die DDR fanden sich mehr in der westlichen Berichterstattung als in der DDR selbst. Zwar nahm die Debatte über die Rolle von Gewerkschaften im System des entwickelten Sozialismus“ deutlich zu<sup>41)</sup>, ohne damit jedoch erkennbar auf Strömungen im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) zu reagieren, die den in Polen stattfindenden Entwicklungen ähnlich gewesen wären. Allerdings war Polen — im Unterschied zu den zuvor ausgelösten Krisen um Afghanistan und den Brüsseler Doppelbeschluß — eine Herausforderung, die zwar nicht aktuell die innere Stabilität der DDR gefährdete, jedoch potentiell die ideologische Kohärenz des Blocks und damit die entscheidende Existenzbedingung der DDR berührte. Die Vorstellung einer durch einen „sozialistischen Pluralismus“ im Osten und der Bundesrepublik im Westen eingeschlossenen DDR genügt, um die durch die Vorgänge in Polen möglicherweise aufziehenden Gefahren für den Herrschaftsanspruch der SED hinreichend zu illustrieren.

Die Rede von Gera ist Ausdruck dieses Gefahrenkalküls. Die SED-Führung sah sich veranlaßt, in erster Linie mit Blick auf die eigene Bevölkerung Orientierungsmaßstäbe zu setzen, die einer durch Polen unsicher gewordenen Zukunft standhalten mußten<sup>42)</sup>. Diesem Zweck dienten die an Bonn gerichteten Forderungen. Sie sind die prägnante Zusammen-

<sup>40)</sup> So argumentiert auch J. Kuppe, ebd.

<sup>41)</sup> Vgl. die Ausgaben des ND vom 3. 10. 1980, S. 1/2, 17. 10. 1980, S. 5; 29. 10. 1980, S. 2; 4. 11. 1980, S. 1/2; 26. 11. 1980, S. 3, und Horizont, Nr. 41 (1980), S. 10.

<sup>42)</sup> Vgl. hierzu auch A. J. McAdams, a. a. O. (Anm. 38), S. 357.

<sup>39)</sup> Vgl. J. Kuppe, a. a. O. (Anm. 37), S. 132.

fassung der Positionen der DDR, die im Grundlagenvertrag uneingelöst blieben und die nun zu einem Zeitpunkt in den Vordergrund gehoben wurden, in dem die Entwicklung in Polen einem unbekanntem Ziel zusteuerte. Die Projektion dieser Unsicherheiten der SED auf die „revanchistische“ Politik der Bundesrepublik und der Rückgriff auf die Terminologie der fünfziger und sechziger Jahre<sup>43)</sup> schienen am besten dafür geeignet zu sein, mögliche deutschlandpolitische Illusionen in der DDR-Bevölkerung zu dämpfen und alle Energien auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des eigenen Staates zu lenken.

Die These, daß die Forderungen von Gera primär eine innenpolitische Funktion hatten, stellt den Zusammenhang zwischen der Politik Ost-Berlins gegenüber Bonn und übergeordneten sicherheits- sowie rüstungskontrollpolitischen Zielen des sozialistischen Lagers nicht in Abrede. Honecker nahm in seinen Ausführungen ausdrücklich Bezug auf die Rolle der Bundesrepublik „als Erfinder und Einpeitscher des Brüsseler Raketenbeschlusses“ und bezeichnete diese als mit einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten unvereinbar. Insofern war der stereotype Hinweis, daß die Vertragspolitik der DDR mit der Bundesrepublik „ein Teil der abgestimmten Politik (des) Bündnisses der Staaten des Warschauer Vertrages zur Friedenssicherung“ sei, sicherlich sehr konkret gemeint und auch auf die Haltung der Bundesregierung in der Raketendebatte bezogen. Doch mißt man diese Aussagen am Gesamttenor der Rede von Gera, so ordnen sie sich ein in das Anliegen der SED, durch außen- und damit zugleich deutschlandpoliti-

sche Härte den Unwägbarkeiten der Polen-Krise entgegenzusteuern.

Die Konsequenz dieser Abwägung zwischen inneren und äußeren Faktoren, nach der die Rede von Gera in erster Linie eine Reaktion (oder auch Überreaktion) auf die aktuelle Situation war, in der militärische Schritte gegen Polen noch keineswegs ausgeschlossen werden konnten, ist, daß die deutschland- und sicherheitspolitischen Aussagen Honeckers mit großer Wahrscheinlichkeit auch ohne die Nachrüstungsdebatte gemacht worden wären. Gera mag den engen Zusammenhang zwischen einer deutsch-deutschen Normalisierung und sicherheitspolitischen Zielen Moskaus bestätigt haben, begründet hat er ihn wohl nicht. Insofern war diese Rede kein Beweis dafür, „daß die DDR-Führung ihre Deutschlandpolitik grundsätzlich geändert hat“<sup>44)</sup>. Gera illustriert vielmehr den Konflikt zwischen einer umfassenden Abhängigkeit der DDR von der inneren und äußeren Stabilität des sozialistischen Lagers auf der einen Seite und spezifisch deutschlandpolitischen Interessen Ost-Berlins auf der anderen Seite. Die Priorität liegt, wie die Ausführungen Honeckers noch einmal deutlich unterstrichen, auf dem Zusammenhalt des sozialistischen Blocks. Die Absicht der DDR, die Beziehungen zur Bundesrepublik auch nach Afghanistan und der Entscheidung von Brüssel fortzuführen, wurde deshalb durch Gera nicht hinfällig, jedoch im Interesse vorrangiger Ziele *vorübergehend* in den Hintergrund gedrängt. Honeckers Forderungen haben sich dann auch nicht, obwohl sie so formuliert waren<sup>45)</sup>, als unüberwindliche Hindernisse für einen weiteren deutsch-deutschen Dialog erwiesen.

## VI. Wirtschaft und Entspannung

Die Dialogbereitschaft der DDR mit der Bundesrepublik wird am häufigsten auf wirtschaftliche Motive zurückgeführt. Der deutsch-deutsche Handel biete der DDR Vorteile, auf die sie nicht bzw. noch nicht verzichten wolle und könne. Tatsächlich hat die DDR in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre zu keinem Zeitpunkt am Status der Handelsregelungen mit der Bundesrepublik zu rütteln versucht. Nach wie vor spricht nichts dafür, daß Ost-Berlin die Substanz

des „Berliner Abkommens“ von 1951<sup>46)</sup> in der Fassung von 1960 zu ändern wünscht<sup>47)</sup>.

<sup>44)</sup> Vgl. J. Nawrocki, Rückgriff auf Ulbrichts Rezepte. Die DDR erhebt unerfüllbare Forderungen, in: Die Zeit vom 21. 11. 1980, S. 4.

<sup>45)</sup> „... positive Ergebnisse auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD (sind) möglich, wenn die Prinzipien uneingeschränkt respektiert werden, die für die Beziehungen zwischen souveränen Staaten üblich sind.“

<sup>46)</sup> Abkommen über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) vom 20. 12. 1951.

<sup>47)</sup> In einer „Erklärung der Bundesregierung zur Entwicklung in Polen und zum deutsch-deutschen

<sup>43)</sup> Vgl. dazu die Presseverlautbarungen aus der DDR, zusammengestellt in: Gesamtdeutsches Institut (Hrsg.), Die Haltung der SED zur Lage in Polen 1980—1981 im Spiegel der DDR-Presse, Bonn 1982.

Insbesondere die Bestimmungen über einen zinslosen Überziehungskredit („Swing“) sowie die Entlastungen, die sich für die DDR aus den Verrechnungsmodalitäten ergeben, und schließlich die — von der DDR freilich in Abrede gestellte — „stille Teilhaberschaft“ an der Europäischen Gemeinschaft gelten als Begünstigungen, die die DDR nicht verspielen wolle. Dieses Interesse Ost-Berlins sei vor allem in der jüngsten Vergangenheit besonders deutlich geworden, als die DDR Importe aus der Bundesrepublik kräftig erhöhte, während sie gleichzeitig ihre Importe aus den übrigen westeuropäischen OECD-Staaten drastisch reduzierte<sup>48)</sup>.

Es soll nicht bestritten werden, daß die wirtschaftlichen Interessen der DDR das deutschlandpolitische Kalkül der SED-Führung in den vergangenen vier Jahren mitbestimmen haben und weiterhin mitbestimmen. Das trifft wohl insbesondere für das erste Halbjahr 1982 zu, in dem es darum ging, die zum Jahresende 1981 ausgelaufene und dann nur für sechs Monate verlängerte Swing-Regelung neu festzulegen. Doch auch damals hat die DDR, indem sie das verfügbare Swing-Volumen nur teilweise in Anspruch nahm, deutlich zu erkennen gegeben, daß mit deutsch-deutschen Handelsregelungen keine politischen Konzessionen zu erwirken seien. Damals wie heute gilt, daß die DDR einen „politisch-psychologischen“ Zusammenhang zwischen Erleichterungen im humanitären Bereich und insbesondere beim Problem des Mindestumtausches und wirtschaftlichen Vereinbarungen mit der Bundesrepublik nicht akzeptieren wird. Schon zuvor hatte Honecker, ohne allerdings auf Einzelheiten einzugehen, davon gesprochen, daß „überholte Regelungen“ in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik durch „zeitgemäßere“ ersetzt werden sollten, um „bessere Grundlagen für eine kontinuierliche, stabile und langfristige Entwicklung des Handels zu schaffen“<sup>49)</sup>. Aus dieser Formulierung ist sicherlich kein kurzfristiges Programm abzulesen, wohl aber das langfristige Ziel, auch die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen von den Elementen zu befreien, die aus der Sicht der Bundesrepublik den Sondercharakter des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander belegen. Es ist zumindest fraglich, ob die DDR mit einer Wirtschaftsvereinbarung und dem In-

teresse an einer gemeinsamen Wirtschaftskommission<sup>50)</sup> nur bestehende Regelungen fortschreiben will, ohne nicht zugleich auch durch eine neue Grundlage ihre Qualität zugunsten einer völkerrechtlichen Aufwertung der DDR zu verändern.

Ein ähnliches Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichen Erfordernissen der DDR einerseits und ihren politischen Zielen andererseits kennzeichnet den von der Bundesregierung — in letzter Konsequenz allerdings von der DDR — verbürgten Kredit an Ost-Berlin vom Sommer 1983. Es wäre zumindest einseitig, den Vorgang nur ökonomisch zu beleuchten und lediglich die finanzpolitische Entlastung für die DDR herauszustellen. Zugleich sind auch seine politischen Begleiterscheinungen in eine Gesamtbewertung einzubeziehen, also die Rolle des CSU-Vorsitzenden Strauß beim Zustandekommen des Kreditgeschäfts und sein anschließendes Gespräch mit Honecker. Die CSU mußte — vor allem angesichts der Wahlkampfrhetorik vor den Bundestagswahlen 1983 und der Angriffe auf die Grenzkontrollen der DDR nach dem Tode des Transitreisenden Burkert — aus der Sicht der DDR als die politische Kraft in der Bundesrepublik gesehen werden, die eine deutschlandpolitische „Wende“ erzwingen könnte, wenn es nicht gelänge, sie auf eine Kontinuität deutsch-deutscher Beziehungen festzulegen. Insofern war Strauß, der noch im Mai 1983 als „Scharfmacher“ tituliert worden war und für die vorausgegangene Besuchsabsage Honeckers mitverantwortlich gemacht wurde<sup>51)</sup>, nicht nur ein wichtiger Partner für eine Kreditzusage, sondern auch für den weiteren deutsch-deutschen Dialog. Die Feststellung des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies, daß es wünschenswert wäre, „wenn das Gespräch Erich Honeckers mit F. J. Strauß allen jenen, die auf eine ‚Politik der Stärke‘ und der Revanche setzen, vor Augen führen würde, daß es zur Politik der friedlichen Koexistenz keine vernünftige Alternative gibt“<sup>52)</sup>, verweist auf die politische Seite des Vorgangs.

Es wäre angesichts dieser Bewertungen eine Überfrachtung des ökonomischen Arguments, wenn man die Deutschlandpolitik der DDR vorrangig und gelegentlich ausschließlich mit wirtschaftlichen Zwängen zu begründen versuchte. Der deutsch-deutsche Handel ist eine wichtige Größe im außenpolitischen Kalkül

Treffen“ wird dieser Eindruck bestätigt; vgl. Bulletin, Nr. 123 (21. 12. 1981), S. 1054.

<sup>48)</sup> Vgl. H. Lambrecht, Westverschuldung der DDR begünstigt innerdeutschen Handel, in: DIW Wochenschrift, 50 (1983) 10, S. 132—139.

<sup>49)</sup> ND vom 16. 12. 1981, S. 2.

<sup>50)</sup> Dieses Interesse habe Honecker angeblich in seinem Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Vogel, am 28. 5. 1983 bestätigt; vgl. Die Welt vom 12. 8. 1983.

<sup>51)</sup> ND vom 3. 5. 1983, S. 2.

<sup>52)</sup> ND vom 27. 7. 1983, S. 2.

der DDR<sup>53)</sup> und wie 1982 und das erste Halbjahr 1983 gezeigt haben<sup>54)</sup>, eine willkommene Rückfallposition in schwierigen Zeiten. Er ist jedoch langfristig nur in dem Maße der Motor

für ein spezifisches Entspannungsinteresse Ost-Berlins gegenüber Bonn, wie er auch zu einer völkerrechtlichen Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen beiträgt.

## VII. Die DDR — ein europäischer Staat wie andere?

„Europa“ war bis in die siebziger Jahre ein Tabu, eine „imperialistische“, auf Westeuropa beschränkte Idee, von der sich die DDR mit allen Mitteln abzugrenzen suchte. Das Heil lag allein und bedingungslos im Bündnis mit der Sowjetunion und den Bruderstaaten im Warschauer Pakt.

Gilt das auch heute noch in dieser Ausschließlichkeit? An der existentiellen Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion hat die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen seit 1979 nichts geändert. Doch spricht die SED-Führung heute von Europa, argumentiert europäisch und meint damit ein — wenn auch durch Bündnisse geteiltes — Gesamteuropa. Die DDR ist — zweifellos noch weit entfernt von der Position Polens in den siebziger Jahren — dazu übergegangen, ihre Rolle nicht nur als „Frontstaat“ an der Trennlinie zwischen zwei antagonistischen Gesellschaftsordnungen zu definieren, sondern sich auch als Partner in einem systemübergreifenden europäischen Entspannungsprozeß anzubieten und zu profilieren.

In Ost-Berlin hat in den vergangenen vier Jahren eine Haltung an Konturen gewonnen, die eine unverrückbare Bündnistreue mit einer Politik der Entspannung zu vereinbaren sucht. „Die Deutsche Demokratische Republik ist“, so der bereits zitierte offiziöse Kommentar im Neuen Deutschland am Vorabend der Reise Honeckers zu Gesprächen mit Andropow, „ein souveräner sozialistischer Staat, der fest im östlichen Bündnis verankert ist. Ihr *Spielraum* ist überall dort gegeben, wo es sich darum handelt, dem Frieden zu dienen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu fördern.“<sup>55)</sup> Die Beziehungen der DDR zur Bundesrepublik sind ein wesentlicher, aber nicht der alleinige Inhalt dieser vorsichtigen, ständig nach innen wie nach außen abgesi-

cherten Orientierung. Die vielfach wiederholte und variierte Aussage, daß ein „Durchschlagen“ der internationalen Spannungen auf die *europäischen* Beziehungen verhindert werden müsse, verweisen auf die erweiterte Perspektive der Deutschland- und Westpolitik der DDR.

Das, was die DDR 1983 erstmalig als „Spielraum“ ihrer Politik bezeichnete, hat sie in den Jahren der Entspannung erworben. Die DDR ist nicht mehr nur der verlängerte Arm Moskaus, sondern handelt auch im eigenständigen Interesse. Sie wurde in den siebziger Jahren zunehmend zum Partner der Sowjetunion und konnte ihren Status als notgedrungen willfähriger Untergebener partiell abbauen. Ost-Berlin hat an Bedeutung für Moskau gewonnen, ist damit aber nicht in einen Zustand bedingungsloser Abhängigkeit zurückgefallen. Diese Entwicklung wurde durch die innere Destabilisierung Polens nachhaltig gefördert. Der östliche Nachbarstaat der DDR ist durch den Autoritätsverlust der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und seine desolate Wirtschaftslage für unbestimmte Jahre als westpolitischer Partner der Sowjetunion ausgefallen. An seine Stelle ist mehr und mehr die DDR gerückt. Aufgrund ihrer im Vergleich zu anderen Volksdemokratien stabilen Wirtschaftsentwicklung und praktizierten Bündnistreue wird Ost-Berlin für Moskau sobald nicht ersetzbar sein.

Hat die DDR ihre verbesserte Stellung zu nutzen vermocht? Eine Antwort muß sich davor hüten, Erwartungen zu wecken, die die DDR nicht einlösen kann und wohl auch nicht will. Es wäre verfehlt, einem politischen Wunschenken zu erliegen und dort Differenzen zwischen Moskau und Ost-Berlin zu konstruieren, wo es sich allenfalls um taktische Nuancen in der Vorgehensweise handelt. Skepsis ist ebenso gegenüber der Erwartung angebracht, daß die DDR in der vormals westpolitischen Rolle Polens eine vergleichbare innere Liberalisierung zulassen wird. Öffnung nach Westen und Kontrolle im Inneren bleiben noch für Jahre ein untrennbares Zwillingsspaar der DDR-Politik.

Unter Beachtung dieser Einschränkungen ergeben einzelne Mosaiksteine zwar kein ge-

<sup>53)</sup> Vgl. U. Marwege, Neuorientierung im Westhandel der DDR? Die Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Japan und Österreich. Forschungsinstitut der DGAP, Bonn 1984.

<sup>54)</sup> Seit Sommer 1983 sind die hohen Zuwachsraten bei den Lieferungen in die DDR abgebrochen; vgl. VWD, Nr. 19 (26. 1. 1984), S. 3.

<sup>55)</sup> ND vom 3. 5. 1983, S. 2.

schlossenes Bild, deuten jedoch darauf hin, daß die DDR vor allem nach Osten an Selbstbewußtsein gewonnen hat. Die Ablösung des langjährigen sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, Abrassimow, sowie die beiläufige Berichterstattung über diesen Vorgang<sup>56)</sup> und schließlich seine Ersetzung durch den als Wunschkandidaten Honeckers geltenden Kotschemassow sind dafür ein Indiz. Moskau muß offenbar — vor allem nach dem Ausfall von Polen — mehr als zuvor auf Ost-Berlin Rücksicht nehmen. Lag die Ursache für Differenzen zwischen Moskau und Ost-Berlin zu Beginn der siebziger Jahre darin, daß die DDR gelegentlich mehr wollte, als Moskau im übergeordneten, auf die USA fixierten Interesse zu geben bereit war und die DDR sowjetische Konzessionen an den Westen fürchtete, scheint dieses Verhältnis heute eher umgekehrt zu sein. So ist die Modernisierung und teilweise Neustationierung taktischer Nuklearwaffen auf dem Territorium der DDR offensichtlich nicht nur in der Bevölkerung auf Widerspruch gestoßen<sup>57)</sup>, sondern auch in der Parteispitze nur widerwillig akzeptiert

<sup>56)</sup> ND vom 7. 6. 1983, S. 2.

<sup>57)</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 22. 11. 1983. Auch die Tatsache, daß die Stationierung zum Thema der Betriebsdelegiertenkonferenzen wurde, spricht für eine ablehnende Reaktion der Bevölkerung; vgl. ND vom 21. 11. 1983, S. 3.

<sup>58)</sup> Auf der 7. Tagung des ZK der SED erklärte Honecker: „Selbstverständlich lösen diese Maßnah-

worden<sup>58)</sup>. Daß die DDR die als Gegenmaßnahme deklarierte Stationierung vernehmbar ablehnen würde, war nicht zu erwarten, doch daß sie ihr Unwohlsein artikulierte und der Bevölkerung Ventile öffnete, gleiches zu tun<sup>59)</sup>, ist neu. Distanz zu einer von Moskau zu verantwortenden Entscheidung verrät schließlich auch der Umweg, auf dem die SED die Bevölkerung über den Aufbau atomarer Raketenbatterien in der DDR informierte<sup>60)</sup>.

Das sind nur vage Hinweise auf eine beginnende Emanzipation der DDR, an deren Ende freilich nicht das Ziel steht, sich aus der Obhut der Sowjetunion zu lösen. Ziel es ist jedoch, dort Handlungsspielraum zu gewinnen, wo die Berücksichtigung eigener, mit sowjetischen nicht jederzeit deckungsgleicher Interessen es verlangt. Diese sich bisher nur andeutende Entwicklung lebte und lebt von einem entspannten Ost-West-Klima ebenso wie von der Stabilität des sozialistischen Lagers und der DDR. Die Anfänge dieser Entwicklung sind zu labil, um schon vor Rückschlägen gefeit zu sein. Eine Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, die sich bestehende Kommunikationsmöglichkeiten bewahren und neue eröffnen möchte, wird das zu beachten haben.

men, die unumgänglich waren, ... in unserem Land keinen Jubel aus“, ND vom 26./27. 11. 1983, S. 3.

<sup>59)</sup> Vgl. die Briefe evangelischer Kirchengemeinden an Honecker, in: ND vom 22./23. 10. 1983, S. 2.

<sup>60)</sup> ND vom 20. 1. 1984, S. 5.

## **Manfred Görtemaker: Westeuropa und die Sowjetunion. Entwicklungschancen des Ost-West-Verhältnisses in Europa**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/84, S. 3—12

Seit der sowjetischen Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 befindet sich das Ost-West-Verhältnis in einer Dauerkrise, die auch die Beziehungen zwischen Westeuropa und der Sowjetunion belastet. Zwar mehren sich gegenwärtig die Anzeichen, die für die Möglichkeit einer Überwindung der Krise sprechen: Die UdSSR nimmt an der KVAE teil und ist darüber hinaus im März 1984 an den Verhandlungstisch der MBFR-Konferenz zurückgekehrt; die USA, die nach Jahren der Schwäche und Demütigung ihre Weltmachtstellung wieder konsolidiert haben und jetzt aus einer Position der Stärke und Festigkeit verhandeln können, sind — nach Aussage Präsident Reagans — zu einem „konstruktiven Dialog“ mit der UdSSR bereit. Andererseits ist die Lage der Sowjetunion durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, überhöhte Militärlasten und außenpolitische Überbeanspruchung sowie vor allem durch tiefgreifende Führungsprobleme gekennzeichnet.

Ob Europa in dieser Situation eine eigenständige, vermittelnde Rolle zwischen beiden Supermächten spielen kann, ist nach dem Scheitern der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft im März 1984 in Brüssel fraglicher denn je. Die gesicherte Einbindung Westeuropas in die Atlantische Allianz bleibt deshalb eine Grundbedingung der westeuropäischen Politik gegenüber der Sowjetunion. Die europäische Interessenlage erfordert jedoch einen Abbau der Ost-West-Spannungen und eine Verbesserung des Verhältnisses zur UdSSR, um den Frieden zu sichern und die positiven Ergebnisse der Entspannungspolitik der siebziger Jahre zu erhalten und auszubauen.

Der Ost-West-Handel und Bemühungen um Fortschritte im Bereich der Rüstungskontrolle, Abrüstung und sicherheitspolitischen Vertrauensbildung dürften in den kommenden Jahren im Vordergrund der sowjetisch-westeuropäischen Beziehungen stehen. Während der Handel mit der Sowjetunion für die westeuropäische Wirtschaft auch künftig interessant bleibt, sind die Aussichten für MBFR und KVAE weniger günstig; das weitere Schicksal der unterbrochenen Verhandlungen zur Begrenzung der Mittelstreckenraketen in Europa (INF) ist zur Zeit noch gänzlich offen. Eine Rückkehr zur Entspannung, zu der die westeuropäischen Regierungen — und jetzt auch die amerikanische Administration — grundsätzlich bereit scheinen, würde aber die Voraussetzungen für Fortschritte bei den Verhandlungen verbessern. Ob es dazu kommt, hängt nicht zuletzt von den Lösungen der Führungsprobleme in der Sowjetunion ab.

## **Volker Rittberger: Europäische Sicherheit und die Neubewertung der Kernwaffen in und für Europa**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/84, S. 13—26

Die grundlegenden Thesen lassen sich dahin gehend zusammenfassen,

1. daß land- und luftgestützte Kernwaffen in West- und Osteuropa eher ein Sicherheitsrisiko für die betroffenen Länder darstellen, als daß sie einen Sicherheitszugewinn für sie bewirken;
2. daß ein einseitiger vollständiger Verzicht der westeuropäischen Staaten auf die Androhung atomarer Vergeltung gegenüber einer potentiellen Bedrohung durch eine Kernwaffen besitzende Sowjetunion ein unkalkulierbares Risiko beinhalten und daher politisch nicht vertretbar sein würde;
3. daß vor allem eine deutsch-französische Verständigung über eine nach außen handlungsfähige westeuropäische Sicherheitsgemeinschaft einen nach allen Seiten hinlänglich akzeptablen Beitrag zur Stärkung der (gesamt-)europäischen Sicherheit leisten würde.

## **Bernard von Plate: Deutsch-deutsche Beziehungen und Ost-West-Konflikt**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 15/84, S. 27—39

Die vielfach beschworene Eiszeit in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nach dem Stationierungsbeginn amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik ist nicht eingetreten. Anfang 1984 waren die Kontakte zwischen der DDR und der Bundesrepublik so intensiv wie selten zuvor. Welche Motive hat die SED-Führung, den Dialog mit Bonn fortzuführen? Handelt und handelte sie aus einem spezifischen Eigeninteresse? War und ist Ost-Berlin ein willfähiges Instrument im westpolitischen Kalkül Moskaus?

Der Beitrag kommt u. a. zu dem Ergebnis, daß die DDR ein eigenständiges Interesse an entspannten Beziehungen zur Bundesrepublik und zu Westeuropa insgesamt hat. Nur durch eine Verknüpfung ihrer entspannungspolitischen Ziele mit den sicherheitspolitischen Interessen der Sowjetunion konnte die DDR ihre Dialogbereitschaft mit der Bundesrepublik zur Geltung bringen. So entstand eine Parallelität zwischen der Politik der Sowjetunion und der DDR, die jedoch nicht mit einer Instrumentierung der Deutschlandpolitik der SED durch Moskau gleichzusetzen ist.